



Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

ZUSAMMENFASSENDER BERICHT, OKTOBER 2019

Impressum

Herausgeber

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel
Tel.: 0431 988-3156
Fax: 0431 988-3104
E-Mail: LPR-SH@im.landsh.de

Redaktion

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.de

Fotonachweis

Umschlag: eyekey design

Gefördert durch

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Entwurf, Layout und Satz

Eyekey Design, Kiel | www.eyekey.de

Kiel, Oktober 2019

Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

Yvonne Krieg, Laura Beckmann*, Sören Kliem
Oktober 2019*

* Yvonne Krieg und Laura Beckmann waren zu gleichen Teilen
an der Erstellung dieses Forschungsberichts beteiligt.

Inhalt

1. Begriffsbestimmung und Entstehung Rechtsextremismus	3
1.1 Begriffsbestimmung Rechtsextremismus	3
1.2 Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus	4
2. Methode und Stichprobenbeschreibung	13
2.1 Methodische Vorgehensweise und Rücklauf	13
2.2 Stichprobenbeschreibung	16
3. Prävalenz, Entwicklung und Erklärung rechter Einstellungen von Jugendlichen	17
3.1 Die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf	17
3.2 Prävalenz rechter Einstellungen	20
3.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test	25
4. Politisch rechts motivierte Verhaltensweisen	28
4.1 Kontakt zur rechtsextremen Szene	28
4.2 Diskriminierende Verhaltensweisen	30
4.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test	32
5. Opferschaft von politisch rechts motivierten Verhaltensweisen	36
6. Handlungsempfehlungen	39
7. Literaturverzeichnis	49
8. Anhang	57

1. Begriffsbestimmung und Entstehung Rechtsextremismus

1.1 Begriffsbestimmung Rechtsextremismus

Während die mediale Berichterstattung ihren Fokus auf aufsehenerregende politisch-motivierte Gewalttaten lenkt, ist das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus tatsächlich deutlich vielfältiger. So zeigt die in den Jahren 2015 und 2016 rasant gestiegene Zahl „flüchtlingsfeindlicher Angriffe“ (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018), zusammen mit dem Aufkommen völkischer, rassistischer und rechtspopulistischer Bewegungen (z. B. PEGIDA) und Großveranstaltungen (z. B. rechtsextremistische Musik- und Rednerveranstaltungen), dass zumindest nationalistische und rassistische Einstellungen in Deutschland mehr als nur ein Randphänomen sind.

Zur Annäherung an den Begriff des Rechtsextremismus muss zunächst konstatiert werden, dass Rechtsextremismus in Deutschland kein ideologisch einheitliches Phänomen verkörpert. Laut dem Bundesverfassungsschutz lassen sich jedoch eine „Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit“ als zentrale definitorische Merkmale rechtsextremistischer Orientierungen identifizieren. Diese Eigenschaften seien mit verschiedenen Ausprägungen chauvinistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente verknüpft. In Anlehnung an diese Auffassung werde nach Heitmeyer (2002) der definitorische Kern des Rechtsextremismus durch eine Ideologie der Ungleichheit und eine Akzeptanz von Gewalt bestimmt. Während diese Eigenschaften laut Heitmeyer gemeinsam auftreten müssen, wird die Gewaltakzeptanz als notwendige Voraussetzung von Rechtsextremismus nicht generell anerkannt (Butterwegge und Meier 2002).

Angesichts der z. T. uneinheitlichen Begriffsbestimmung wurde eine Konsensdefinition von Rechtsextremismus entwickelt (Best et al. 2013; Decker und Brähler 2006, 2008; Decker et al. 2012, 2014), nach der Rechtsextremismus als Einstellungsmuster mit sechs verschiedenen Ideologieelementen betrachtet wird: Demokratieablehnung, übersteigerter Nationalismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus bzw. Sozialdarwinismus und Antisemitismus (vgl. Stöss 2010). Dieses Einstellungsmuster gehe mit einer Abwertung von sozialen Gruppen einher, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ihres sozialen Status oder ihrer körperlichen Merkmale nicht als zugehörig zur eigenen Gemeinschaft erscheinen (Jaschke 2001).

Eng verknüpft mit dieser Konsensdefinition ist das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002), nach welchem verschiedene Dimensionen von Rechtsextremismus zu einem „Syndrom“ gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit integriert werden (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderungen, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen). Gemeinsamer Kern dieses Syndroms sei eine Ideologie der Ungleichwertigkeit.

1.2 Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus

Die Entstehung rechtsextremer Einstellungen lässt sich durch keinen einzelnen Erklärungsansatz begründen, sondern ist potentiell im Rahmen eines Zusammenspiels mehrerer Faktoren zu verstehen. Dieses Zusammenspiel tritt in Form von Wechselwirkungen zwischen individuellen, intergruppalen und gesellschaftlichen Faktoren auf (Baier et al. 2010; Zick und Küpper 2009), die im Folgenden auf Basis theoretischer Überlegungen skizziert werden sollen (für einen Überblick siehe auch Krieg et al. 2019).

Grundsätzlich kann die Ausübung einer politisch motivierten Straftat am Ende eines individuellen Entwicklungsprozesses gesehen werden, der mit der Übernahme extremer politischer Einstellungen und Überzeugungen beginnt. Obgleich rechtsextreme Einstellungen und rechtsextremes Verhalten über die gesamte Altersspanne hinweg beobachtet werden können (vgl. Rippl 2005), sind gewaltförmiges Verhalten und Gewaltbereitschaft insbesondere ein Phänomen des Jugendalters (Küpper und Zick 2007). In dieser Lebensphase werden all jene Entwicklungsaufgaben bewältigt, die die Formung der eigenen Identität – und damit auch der politischen Identität – entscheidend prägen (vgl. Havighurst 1972). Die Altersgruppe der Jugendlichen stellt auch im Hinblick auf die präventive Arbeit eine bedeutsame Untersuchungsgruppe dar. Einerseits stehen gerade Kinder und Jugendliche im Fokus von Anwerbeversuchen durch rechtsextremistische Personen(gruppen), da sie aufgrund ihrer noch nicht vollständig gefestigten Persönlichkeitsstrukturen relativ leicht formbar und für rechtsextreme Zwecke instrumentalisierbar erscheinen (vgl. Baier und Boehnke 2008). Andererseits können Heranwachsende in ihrer Herkunftsfamilie sowie Peergroup politisch rechten Sozialisationsimpulsen ausgesetzt sein, was mit einer späteren Verfestigung rechtsideologischer Einstellungs- und Verhaltensmuster im Lebensverlauf einhergehen kann.

Soziodemografische Faktoren

Geschlecht

Männliches Geschlecht wird vielfach als Risikomarker für die Hinwendung zu rechtsextremistischen Ideologien diskutiert (Küpper und Zick 2011; Zick et al. 2016). Begründet liegt dies in der Beobachtung, dass rechte Ideologien häufig die Idee der Überlegenheit des ‚weißen Mannes‘ propagieren. Vor dem Hintergrund, dass Souveränität und Überlegenheit klassische Männlichkeitsattribute darstellen, ist denkbar, dass Angebote von Rechtsextremisten eine besondere Attraktivität auf Jungen und junge Männer ausüben. Empirisch betrachtet lassen sich zumindest hinsichtlich der Verbreitung rechter und menschenfeindlicher Einstellungen keine bedeutsamen Geschlechterunterschiede feststellen. Allerdings sind auf der Handlungsebene Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Jungen und Mädchen deutlich erkennbar: So zeigen Küpper und Zick (2011) sowie Frindte et al. (2014), dass Frauen deutlich seltener rechtsextrem motivierte Straftaten begehen, rechtsextreme Parteien wählen oder Teil rechtsextremer Gruppierungen sind.

Sozioökonomischer Status und Bildung

Im Hinblick auf die ökonomische Situation zeigen verschiedene Studien, dass Personen mit höherem sozioökonomischen Status (definiert über Einkommen und Erwerbstätigkeit) geringere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen aufweisen. So stimmen in repräsentativen Untersuchungen Personen mit niedrigerem Einkommen menschenfeindlichen Einstellungen eher zu (Zick et al. 2016). Decker und Brähler (2006) fanden zudem die höchsten Zustimmungswerte bzgl. rechtsextremer Einstellungen bei arbeitslosen Teilnehmer*innen.

In Bezug auf die Dimension Bildung ist mittlerweile gut dokumentiert, dass ein höheres Bildungsniveau (im Sinne eines höheren formalen Bildungsabschlusses) mit einer geringeren Zustimmung zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen einhergeht (Zick et al. 2016; Zick und Klein 2014; Decker und Brähler 2006; Heyder und Gaßner 2012). Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die auf Basis eines für Niedersachsen repräsentativen Sample von über 4.000 Schüler*innen durchgeführt wurde, sind es weitaus mehr Jugendliche aus niedrigen Schulformen (Haupt- und Förderschulen), die ein geschlossenes rechtsextremses Weltbild aufweisen (Kliem et al. 2018).

Persönlichkeitseigenschaften

Autoritarismus

Auf individueller Ebene sind weiterhin Persönlichkeitsmerkmale wie autoritäre Charakterzüge in Zusammenhang mit faschistischen Potentialen und rechtsextremistischen Einstellungs- und Verhaltensweisen gebracht worden (vgl. Adorno et al. 1967). Eine Reihe von Studien konnte nachweisen, dass autoritär eingestellte Personen stärkere Vorurteile und eine größere Diskriminierungsbereitschaft gegenüber bestimmten sozialen Gruppen aufweisen als Personen mit weniger autoritären bzw. anti-autoritären Einstellungen (Altemeyer 1988; Frindte und Zachariae 2005). Das Konzept des Autoritarismus fasst stabile Unterschiede zwischen Menschen in Bezug auf drei Verhaltenstendenzen zusammen (Stöbel et al. 2009): Erstens die Tendenz, an sozialen Konventionen und traditionellen, in der Gesellschaft vorherrschenden Normen festzuhalten; zweitens die Bereitschaft zur Unterordnung unter gesellschaftlich etablierte Autoritäten und drittens die Tendenz zur Aggression gegenüber Gruppen, die als gesellschaftlich nicht normativ angesehen werden (Altemeyer 1988). Das Konzept des Autoritarismus beschreibt damit bestimmte persönliche Dispositionen, die derart ausgestaltet sind, dass gesellschaftliche Veränderungsprozesse als negativ wahrgenommen werden. Dies sei in der Folge mit negativen Bewältigungsstrategien verbunden, bei denen unsichere und in der Zukunft offene Situationen als potenzielle Bedrohung der eigenen Person und ihrer Prinzipien erachtet werden (Rippl et al. 2005).

Selbstkontrolle und Impulsivität

Das Konzept der niedrigen Selbstkontrolle (Gottfredson und Hirschi 1990) bezeichnet sowohl die Neigung von Personen, bei Handlungsentscheidungen systematisch kurzfristig positive Folgen ihres Handelns zugrunde zu legen, als auch die Unfähigkeit, langfristig negative Folgen ihres Handelns zu berücksichtigen. Gottfredson und Hirschi (1990) sehen Selbstkontrolle als stabile Persönlichkeitseigenschaft, die beeinflusst, ob Personen abweichendes Verhalten zeigen oder nicht. In ihrer General Theory of Crime spezifizieren die beiden Autoren Selbstkontrolle als alleinige Ursache für abweichendes Verhalten, wobei Selbstkontrolle im Rahmen der primären Sozialisation entwickelt werde. Folglich wird angenommen, dass Personen mit niedriger Selbstkontrolle dazu neigen, abweichendes Verhalten zu zeigen, sofern sich entsprechende Gelegenheiten dazu bieten. Eine niedrige Selbstkontrolle ist nach Gottfredson und Hirschi das Resultat der Weitergabe von Selbstkontrolle, vermittelt über die

Unfähigkeit von delinquenten und gewalttätigen Eltern, eine adäquate Erziehung sicherzustellen (Schulz et al. 2011). Laut Gottfredson und Hirschi (1990) setzt sich Selbstkontrolle aus verschiedenen Subdimensionen zusammen, darunter Risikosuche, Impulsivität und Temperament. Während niedrige Selbstkontrolle wiederholt mit delinquentem und gewalttätigem Verhalten im Allgemeinen in Verbindung gebracht worden ist (Burton et al. 1998; Pratt und Cullen 2000), zeigen sich empirisch auch einige Hinweise dafür, dass zumindest eine hohe Risikosuche mit antisozialem Verhalten gegenüber bestimmten sozialen Gruppen assoziiert ist (Pauwels und Heylen 2017). So dokumentieren ethnografische Studien, dass Einsteiger rechtsextremer Gruppen häufig aus opportunistischen oder risikofreudigen Motiven heraus handeln (Watts 2001; Bjørgo 2002).

Feindseligkeit/Aggressivität

Zahlreiche Studien belegen, dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen sowie die Bereitschaft, Gewalt gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder sexueller Ausrichtung auszuüben, in deutlichem Maße von der individuellen Gewaltbereitschaft mitbestimmt wird (vgl. auch das entwicklungsbezogene Arbeitsmodell von Radikalisierungsprozessen im Rechtsextremismusbereich von Beelmann et al. 2018). Rechtsextrem motivierten Gewalt- und Straftaten gehen häufig bei männlichen Befragten eine generelle Aggressionsproblematik voraus. Nicht selten begünstigt die allgemeine Gewaltbereitschaft der Täter*innen auch die Übernahme rechtsextremer Einstellungen, welche wiederum als Legitimation für ihre Gewalttaten dienen (Krüger 2008). Vieles spricht daher dafür, dass rechtsextremen Einstellungen vor allem eine gewaltauslösende und legitimierende Funktion zukommt.

Empathie

Die Fähigkeit zur Empathie wird im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zunehmend diskutiert. So untersuchten Pettigrew und Tropp (2008) basierend auf den Ideen der Kontakthypothese mögliche Mediatoren des vorurteilsreduzierenden Effektes von Intergruppenkontakt. Ihre Ergebnisse zeigten, dass die Erhöhung von Empathie mit der anderen Gruppe durch den Kontakt einen entscheidenden vermittelnden Effekt auf die Reduktion von Vorurteilen hat. Laut ihren Ergebnissen ist Empathie sogar noch entscheidender als die Gewinnung von Wissen über die jeweils andere Gruppe. Übereinstimmend damit konnten Bäckström und Björklund (2007) an einer Schülerstichprobe Empathie als Schutzfaktor in Bezug auf rassistische sowie sexistische Vorurteile bestimmen.

Hierarchisches Selbstinteresse

Hierarchisches Selbstinteresse (HSI) beschreibt ein Werthaltungs-konstrukt, nach dem marktgesellschaftliche Strukturen als Grundlage für menschenfeindliche Einstellungen gesehen werden. Trotz seiner Einbettung in einen größeren gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kontext soll HSI Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen auf individueller Ebene erklären. Im Mittelpunkt steht dabei ein Streben nach wirtschaftlicher Leistung, Rationalität sozialer Beziehungen, Erreichen eines höheren Status im Vergleich zu anderen und die Ausbildung einer möglichst großen individuellen Unabhängigkeit (Hadjar 2004). Heitmeyer (1995) hat in diesem Zusammenhang auf Basis von Längsschnittdaten zur politischen Sozialisation Jugendlicher die sog. Instrumentalisierungsthese aufgestellt, nach der sich Fremdenfeindlichkeit als „Krisenphänomen und Ausdruck eines Mechanismus in der ‚Mitte der Gesellschaft‘, der sogenannten ‚Verwertungslogik‘“, darstellt (Hadjar 2005). Mit „Instrumentalisierung“ sei dabei ein Muster der industriegesellschaftlichen Verwertungslogik gemeint, das sich mit dem eingelagerten Zwang zur Selbstdurchsetzung im Individuum verbinde. Dies führe zu einer „verstärkten Abgrenzung gegenüber anderen, zu einem Bedeutungsverlust von Traditionen und sozialen Normen und damit zu abweichenden Einstellungs- bzw. Verhaltensformen wie Fremdenfeindlichkeit“ (Hadjar 2005). Diesem Einstellungsmuster werde durch eine Ideologie der Ungleichheit subjektiv Sinn zugeschrieben. Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen HSI und der Hinwendung zu rechtsextremistischen Ideologien damit durch eine Kompensation des Verlusts von Traditionen und sozialen Normen infolge eines sich rapide vollziehenden sozialen Wandels bedingt, die sich beim Einzelnen in (rechts)extremen Orientierungen zeigt. Die Abwertung anderer, die u. a. in rassistischen Einstellungen zutage tritt, dient in diesem Sinne als Instrument zur eigenen Aufwertung. Zur Legitimierung von Gewalt könne es kommen, wenn dieser Mechanismus durch „Ideologien der Ungleichheit“ verstärkt werde.

Sozialstrukturelle Faktoren

Deprivation und Desintegration

Neben Persönlichkeitsfaktoren werden auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Erklärung der Genese rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen diskutiert, insbesondere soziale Desintegration, fehlende soziale Sicherheit, mangelnde Erfüllung von sozialen oder wirtschaftlichen Ansprüchen, allgemeine Perspektivlosigkeit, gefühlte Benachteiligung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen und Vertrauensverlust in die Funktion des politischen Systems (siehe Hohnstein und

Greuel 2015). Derartige modernisierungstheoretische Überlegungen sehen den schnellen sozialen Wandel in modernen Industriegesellschaften als zentrale Ursache für Gefühle der Verunsicherung, Ohnmacht sowie Statusängste. Durch die Erosion traditioneller Sozialmilieus sowie einen fortschreitenden Prozess der Individualisierung werde die Ausbildung einer autonomen Ich-Identität von Jugendlichen erschwert, was zur Übernahme rechtsextremer Orientierungen als Strategie zur Erlangung verhaltensbezogener Stabilität und Gewissheit führen könne (Heitmeyer 1992; Seipel und Rippl 2000; Spier 2010).

Deprivationstheoretische Überlegungen gehen von einer subjektiv empfundenen Kluft zwischen der (Nicht-)Erfüllung bestimmter Wünsche und Erwartungen (zumeist ökonomischer Natur) und der Entwicklung bestimmter politischer Orientierungen aus (Seipel und Rippl 2000). Nach Rippl und Baier (2005, S. 645) kann Deprivation als „ein Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem“ verstanden werden, ist damit in erster Linie als subjektives Konzept zu verstehen. Deprivation kann jedoch nicht nur als individuell (d. h. Benachteiligung der eigenen Person), sondern auch als kollektiv (d. h. Benachteiligung der eigenen Gruppe) erlebt werden. Das bedeutet, dass Individuen bzw. bestimmte Personengruppen vom Zugang zu Arbeit oder Bildung, zur Mitgestaltung des politischen Gemeinwesens oder zum Aufbau von sozialen Netzwerken zu Bekannten oder Verwandten ausgeschlossen sind. Zugleich ist damit aber auch nur die Wahrnehmung eines möglichen Ausschlusses gemeint.

Das Konzept der relativen Deprivation basiert auf der Annahme, dass die sozioökonomische Position der Menschen ihre Sicht auf Fremdgruppen beeinflusst (Gehrke 2017). In der neuen sozialwissenschaftlichen Forschung steht insbesondere die relative Deprivation im Fokus des Interesses, welche weniger Faktoren der sozioökonomischen Hierarchisierung wie Armut und Arbeitslosigkeit (Hafez und Schmidt 2015, S. 37) in den Blick nimmt, sondern das subjektive Empfinden des Missverhältnisses zwischen den eigenen vorhandenen Ressourcen einer Person und denen, die sie selbst als angebracht für ihre Position empfindet, hervorhebt (Anhut und Heitmeyer 2000, S. 33). Einige Studien haben gezeigt, dass relative Deprivation zu sinkender Solidarität gegenüber als fremd wahrgenommene Gruppen führt (Rippl 2008, S. 453), was als Resultat die Übernahme rechter Ideologien befördern könnte.

Häufig sind Desintegrationserfahrungen Bestandteil von individuellem Deprivationserleben. Nach der Theorie der sozialen Desintegration (Anhut und Heitmeyer 2008) führen voranschreitende Modernisierungsprozesse infolge der Auflösung traditioneller Ordnungen und Systeme, z. B. in der Familie oder in der Arbeitswelt, zu

einer „massiven Individualisierung, einer Schwächung des sozialen Kapitals und damit auch einer Vernachlässigung von Belangen des Gemeinwohls“ (Imbusch und Heitmeyer 2012a, S. 13). Zur theoretischen Plausibilisierung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Desintegration und Rassismus wird die Annahme herangezogen, dass subjektiv empfundenes Erleben von Ungerechtigkeit bei der Teilhabe an bestimmten Gütern zur Entfremdung und Indifferenz gegenüber den Mitmenschen führe, in der Bestrebung, dieses Anerkennungs- und Integrationsdefizit auszugleichen (Baier et al. 2016). Die Zuwendung zu extremistischen Ideologien diene somit als identitätsstiftende und anerkennungsgenerierende Strategie. Das Konfliktpotential zwischen Individuen oder Gruppen sei umso größer, je stärker diese Desintegrationserfahrungen mit empfundener Benachteiligung im Sinne subjektiver Deprivation verbunden sind (Imbusch und Heitmeyer 2012b). Anhut und Heitmeyer (2000) konstatieren im Zusammenhang mit dem Desintegrationsansatz, dass soziale Integration als ein protektiver Faktor für das Ausbilden menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen bewertet werden kann.

Anomie

Als weiterer modernisierungstheoretischer Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen wird das Konzept der Anomie herangezogen. Anomie beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand der Normen- und Orientierungslosigkeit (Heyder und Gaßner 2012), kann aber auch auf die anomische Situation eines Individuums, welches aus dem gewohnten sozialen Umfeld gerissen wird, verweisen (Wasmuth und Waldmann 2005). Srole (1956) z. B. erfasste mit seinem Begriff der Anomia den subjektiven Zustand der Anomie, bei der die subjektive Beurteilung der eigenen Zukunftschancen oder der individuellen Bedeutungslosigkeit im Mittelpunkt steht. Auch hier ist die Auflösung traditioneller Sozialmilieus (z. B. Familien, Nachbarschaften und Arbeitsverhältnisse) als Ursache des Misslingens persönlicher Lebensentwürfe zu sehen, was rechtsextreme Orientierungen zur Folge habe (Logvinov 2017). Srole (1956) stellte einen empirischen Zusammenhang zwischen Anomie und Autoritarismus her, indem er zeigte, dass Erfahrungen der Anomie das Potential haben, autoritäre Einstellungen zu verstärken.

Familie, Peergroup und Schule

Da die Ausbildung und Verfestigung von gewaltbefürwortenden Einstellungen durch das soziale Umfeld deutlich mitbestimmt wird, ist es naheliegend, auch dieses Umfeld hinsichtlich der dort gemachten (Gewalt-)Erfahrungen zu betrachten. Die Herkunftsfamilie übt als primäre Sozialisationsinstanz einen wesentlichen Einfluss auf die

Entwicklung politischer Orientierungen aus. Zur Erklärung rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen sind wiederholt frühbiografische Risikokonstellationen wie eine belastete Eltern-Kind-Beziehung, elterliche Gewalt und Vernachlässigungserfahrungen herangezogen worden (Wetzels und Greve 2001). Insbesondere die Erfahrung von elterlicher Gewalt ist als zentraler Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten und weitere sozio-emotionale Anpassungsprobleme im Kindes- und Jugendalter identifiziert worden (Gershoff und Grogan-Kaylor 2016). Denkbar ist, dass die Erfahrung von physischer Elterngewalt über eine unsichere Eltern-Kind-Bindung, eine gesteigerte Gewaltakzeptanz infolge sozialer Lernprozesse sowie über Erfahrungen der Ohnmacht und verringertem Selbstwert die Übernahme rechtsextremer Einstellungen und die Ausübung rechtsextremen Verhaltens begünstigen kann. Für rechtsextreme Einstellungsmuster sind dabei Jugendliche mit einer Präferenz für Ordnung, Ehre, Macht und Stärke besonders empfänglich, da diese Werte zahlreiche Anknüpfungspunkte an die rechtsextreme Ideologie bieten (siehe Hohnstein und Greuel 2015). Untersuchungen an rechtsextremen Straftätern zeigen, dass rechtsextrem eingestellte Personen nicht durchweg aus dysfunktionalen Familien stammen (müssen). So zeigen Eckert et al. (1996), dass ein strafender und emotionsloser Erziehungsstil einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen hat, dafür aber in Zusammenhang mit der Gewaltbereitschaft stand.

Auch relevante Bezugspersonen mit radikalen Einstellungsmustern befördern den späteren Anschluss an extremistische Gruppierungen. Dazu gehört auch der Kontakt mit rechtsextrem eingestellten Personen und der rechtsextremen Szene an sich. Weiterhin spielen Schule und Freundeskreis eine bedeutsame Rolle für die Identitätsentwicklung und politische Sozialisation junger Menschen (Raithel und Mansel 2003; Beelmann 2015). Im Rahmen des Ansatzes der Wertetransmission etwa (Boehnke und Welzel 2006) wird die direkte Weitergabe politisch extremer Einstellungen innerhalb der Familie, sozialer Gruppen oder Institutionen thematisiert. Theoretisch kann dieser Zusammenhang aus sozial-kognitiven Lerntheorien in Form der Annahme eines Modell-Lernens (z. B. Vorbildfunktion der Eltern, Lehrer*innen oder Freundinnen und Freunde) und/oder aus der Annahme der Identifizierung (d. h. Eltern, Lehrer*innen und Freundinnen und Freunde als emotional bedeutsame Personen) begründet werden. Wie Rippl (2004) bemerkt, kann die Übernahme rassistischer Orientierungen auch dadurch erfolgen, dass Eltern, Freundinnen und Freunde oder Lehrkräfte bestimmte Befindlichkeiten (z. B. eigene Perspektivlosigkeit) durch Schuldzuschreibungen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen (z. B. Migrantinnen und Migranten) zu kompensieren versuchen, was auf die Kinder übertragen wird. Die

Vorgängerbefragung dieser Studie in Schleswig-Holstein (2013-2014) zeigt darüber hinaus, dass Jugendliche dann besonders anfällig für die Übernahme rechtsextremer Einstellungen sind, wenn sie a) bereits mit der rechtsextremen Szene in Kontakt gekommen sind, b) kaum Erfahrung mit interethnischen Begegnungen gesammelt haben oder c) rassistisches Verhalten bei anderen Jugendlichen beobachten konnten, sei es in der Schule oder Freizeit (Maresch und Bliesener 2015).

Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe

Ein weiterer zentraler Erklärungsansatz zur Entstehung rechter oder rechtsextremer Einstellungen geht auf eine Theorie Gordon W. Allports (1954) zurück, die kurz als „Kontakthypothese“ bekannt ist. Gemäß dieser Theorie könne der Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe eine Reduktion von Vorurteilen und eine Einstellungsverbesserung bewirken (Dovidio et al. 2011; Pettigrew 1998; Pettigrew und Tropp 2006). Diese Vorurteilsreduktion wird dabei laut Allport im Wesentlichen durch vier Bedingungen positiv unterstützt. Vorurteile könnten reduziert werden, wenn die Mitglieder beider Gruppen statusgleich sind und zusammen, also ohne miteinander in Wettbewerb zu treten, auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Zusätzlich soll institutionelle Unterstützung für diesen Kontakt, wie bspw. politische oder rechtliche Rahmenbedingungen, verstärkend im Hinblick auf die Reduktion von Vorurteilen wirken. Als vierte Bedingung weist Allport darauf hin, dass der Kontakt zwischen den Gruppen nicht nur oberflächlich bleiben darf, sondern dazu führen muss, dass die beteiligten Mitglieder in potentiell freundschaftlicher Art ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen (Allport 1954, S. 281). Dass Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen tatsächlich mit einer Reduktion der gegenseitigen Vorurteile zusammenhängt, konnte bislang in zahlreichen Untersuchungen bestätigt werden. So ermittelten bspw. Pettigrew und Tropp (2006) in einer Metaanalyse von 515 Studien, dass in 94 % der analysierten Stichproben ein inverser Zusammenhang zwischen Intergruppenkontakt und Vorurteilen festgestellt werden konnte. Binder et al. (2009) zeigten darüber hinaus, dass diese Effekte auch langfristig bestehen können. Wagner et al. (2008) stellten zudem fest, dass Vorurteile stark mit diskriminierenden Einstellungen und Überzeugungen korrelieren, was ihre Relevanz im Kontext von Rechtsextremismus verdeutlicht.

2. Methode und Stichprobenbeschreibung

2.1 Methodische Vorgehensweise und Rücklauf

Um eine repräsentative Auswahl an Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein zu befragen, wurde eine Zufallsstichprobe auf Basis einer Klassenliste, die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) zur Verfügung gestellt wurde, gezogen. Für die Untersuchung wurden zunächst aus den 2.219 siebten und neunten Klassen Schleswig-Holsteins 324 Klassen zufällig ausgewählt. Da sich ein nicht ganz zufriedenstellender Rücklauf abgezeichnet hat, wurden in einer zweiten Stichprobe noch einmal 71 Klassen nachgezogen. Es wurde sichergestellt, dass eine Repräsentativität der Stichprobe für die Grundgesamtheit der siebten und neunten Jahrgangsstufen Schleswig-Holsteins gegeben ist. Insgesamt sind so 395 Klassen in die Stichprobe aufgenommen worden. Die Stichprobe wurde geschichtet nach Schultyp (Gymnasium und Gemeinschaftsschule), Jahrgangsstufe (7 und 9) sowie Landgerichtsbezirk (Itzehoe, Kiel, Flensburg und Lübeck) gezogen.

Für die Durchführung der Befragungen wurden 13 Testleiter*innen in einer mehrstündigen Schulung vom KFN an der Universität Kiel geschult und auf die vier Landgerichtsbezirke Itzehoe, Lübeck, Kiel und Flensburg aufgeteilt. Die ausgewählten Schulen wurden zunächst mittels eines Direktorenanschreibens vom KFN kontaktiert. In diesem Anschreiben wurden die Schulleiter*innen über die geplante Befragung informiert und ihnen wurde mitgeteilt, welche Klasse/n in welchem Zeitraum an ihrer Schule befragt werden sollte(n). Neben Informationen über die Inhalte der Befragung wurden zudem Details über den Ablauf der Befragung gegeben. Dem Brief lag außerdem die Genehmigung der Befragung vom Bildungsministerium in Schleswig-Holstein bei. In einem nächsten Schritt haben die Testleiter*innen bei den Schulen der ihnen zugeteilten Klassen angerufen und sich informiert, ob die Schule teilnehmen möchte. Daraufhin haben die Testleiter*innen einen Brief oder eine E-Mail mit einem Lehrerinformationsschreiben und Elterninformationsschreiben an die Klassenlehrkraft gesendet. Die Elterninformationsschreiben mussten mindestens sieben Tage vor der Befragung durch den oder die Klassenlehrer*in an die Kinder ausgeteilt werden, sodass die Eltern genügend Zeit hatten, der Befragung zuzustimmen oder ihr zu widersprechen. Am Befragungstag durften nur diejenigen Jugendlichen an der Befragung teilnehmen, deren Eltern den unterschriebenen Zettel wieder an die Lehrkraft übergeben haben.

Die Schülerbefragungen wurden im Zeitraum vom 08.01.2018 bis 31.05.2018 im Klassenverbund mithilfe standardisierter Instrumente durchgeführt. Einen wichtigen

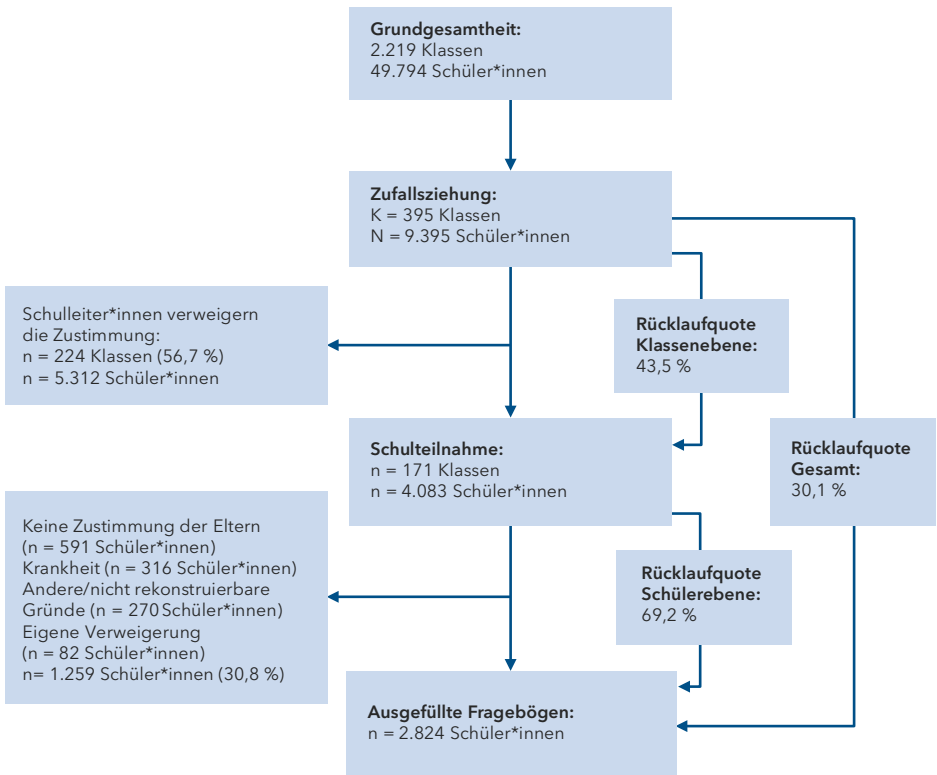
Faktor dafür, dass die Schüler*innen in dieser Befragung wahre und verlässliche Antworten geben, stellt die Anonymität dar. Um diese zu gewährleisten, werden die Schüler*innen zu Anfang der Befragung darauf hingewiesen, dass keine Person, die sie kennen, ihre Daten einsehen können wird. Sie müssen zu keinem Zeitpunkt ihren Namen oder ihr Geburtsdatum angeben, sodass eine Rückverfolgung auf den oder die einzelne*n Schüler*in nicht möglich ist. Zudem wurden alle am Projekt beteiligten Testleiter*innen und Mitarbeiter*innen vor der Durchführung der Befragungen zum Datenschutz verpflichtet. Die Befragung hat im Computer- bzw. Informatikraum der Schule mithilfe des Online Tools Soscisurvey stattgefunden. Sofern nicht genügend PCs zur Verfügung standen, haben die Schüler*innen die Möglichkeit gehabt, die Befragung ebenso auf ihren Smartphones durchzuführen. Die Beantwortung des Fragebogens auf den PCs sollte der Smartphone-Variante jedoch immer vorgezogen werden. Insgesamt haben 4,7 % der Schüler*innen (n = 133) die Befragung auf einem Smartphone durchgeführt.

Es zeigt sich, dass es in 86,2 % der Klassen „gar keine“ oder nur „sehr wenige“ Disziplinprobleme gegeben hat. Darüber hinaus haben nach Einschätzung der Testleiter*innen in 94,0 % der Befragungen die Mehrheit der Schüler*innen die Befragung ernst genommen. Eine Klassenarbeitsatmosphäre konnte in 83,1 % der Fälle mehrheitlich hergestellt werden. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf mehrheitlich angemessene Befragungssituationen hin.

In Abbildung 1 ist zu erkennen, dass von den insgesamt 395 ausgewählten Klassen 171 Klassen an der Befragung teilgenommen haben. Das bedeutet, dass 224 Klassen (56,7 %) nicht an der Befragung teilgenommen haben. Die häufigsten genannten Gründe für die Nichtteilnahme waren Lehrkräftemangel, schulinterne Probleme, zu hohe Belastung durch andere Befragungen, zeitliche Probleme, generelle Überlastung der Schule oder keine Erreichbarkeit der Schule. In einigen Fällen hat im Befragungszeitraum keine Schulkonferenz mehr stattgefunden, die der jeweiligen Befragung zustimmen musste. In den 171 teilnehmenden Klassen wurden im Schuljahr 4.083 Schüler*innen unterrichtet. Letztlich befragt werden konnten 2.824 Jugendliche. Dies entspricht einer Rücklaufquote auf Schüler*innenebene von 69,2 %. Die häufigsten Gründe für die Nichtteilnahme der Schüler*innen war die fehlende Zustimmung der Eltern (n = 591 Schüler*innen) oder Krankheit (n = 316). Da Krankheiten mehr oder weniger alle Schüler*innen treffen können, ist nicht davon auszugehen, dass es sich um einen selektiven Ausfall handelt; die Repräsentativität der Studie sollte insofern nicht beeinträchtigt sein. In 270 Fällen waren andere Gründe für die Nichtteilnahme ausschlaggebend wie das Vergessen der Einverständniserklärung, Auslandsaufenthalte einzelner Schüler*innen, verspätete Schüler*innen, Schwänzen oder andere nicht rekonstruierbare Gründe. In 82 Fällen haben die Jugendlichen selbst die Teilnahme

verweigert. In Abbildung 1 ist die Rücklaufquote als Flowchart dargestellt. Von den 9.395 ausgewählten Schüler*innen in der Stichprobe wurden letztendlich 2.824 Schüler*innen befragt. Dies entspricht einer Gesamtrücklaufquote von 30,1 %. Um geringe Differenzen zwischen der Stichprobenzusammensetzung und der Grundgesamtheit in Bezug auf den Schultyp und den Landgerichtsbezirk auszugleichen, wurde auf die Option der Datengewichtung zurückgegriffen, um repräsentative Aussagen für das Bundesland machen zu können.

Abbildung 1. Flowchart über den Rücklauf der Schülerbefragung



2.2 Stichprobenbeschreibung

Betrachtet man die gesamte Stichprobe, so zeigt sich, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen männlich ist (51,1 %) und dass die Befragten im Durchschnitt 14,7 Jahre alt sind (vgl. Tabelle 1). 7,5 % der Schüler*innen wachsen in Familien auf, die abhängig von staatlichen Transferleistungen sind. Die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen wurde über eine Frage nach dem Sozialhilfe-/Arbeitslosengeld-II-Bezug abgebildet. Knapp jede*r dritte Schüler*in lebt nicht mit beiden Eltern zusammen (28,9 %) und rund ein Viertel der Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund (24,0 %). Ein Migrationshintergrund liegt dann vor, wenn der oder die befragte Schüler*in selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist bzw. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Signifikante Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken finden sich nur beim Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund: In Flensburg ist dieser Anteil dabei geringer als in den anderen Landgerichtsbezirken (16,3 %). Die meisten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe weisen dabei einen türkischen, polnischen oder russischen Migrationshintergrund auf.

Tabelle 1. Stichprobenbeschreibung

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Anteil männlich	51,5 %	47,2 %	48,9 %	54,2 %	51,1 %
Alter (in Jahren)	14,9	14,5	14,8	14,7	14,7
abhängig von sozialstaatlichen Leistungen	8,7 %	6,9 %	6,5 %	6,9 %	7,5 %
nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	28,3 %	32,5 %	27,6 %	28,8 %	28,9 %
Migrationshintergrund	24,9 %	16,3%	23,2 %	27,6 %	24,0 %

Anmerkungen: Fett: Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken (LGB) signifikant bei $p < ,05$.

3. Prävalenz, Entwicklung und Erklärung rechter Einstellungen von Jugendlichen

3.1 Die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf

Ziel der Untersuchung ist es, neben der Präsentation aktueller Prävalenzen rechter Einstellungen und Verhaltensweisen ebenso die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf darzustellen. Dafür werden die Ergebnisse der Schülerbefragung in allen vier Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 mit der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck in 2013 (drei Landkreise im Landgerichtsbezirk Lübeck) sowie der Befragung in den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe in 2014 verglichen. Es können somit differenziert nach Landgerichtsbezirk Aussagen darüber getroffen werden, ob den rechten Einstellungen im Vier- bzw. Fünf-Jahres-Vergleich mehr oder weniger zugestimmt wird. Zu beachten ist dabei, dass es sich bei der Befragung 2013 nicht um eine repräsentative Erhebung aller Landkreise im Landgerichtsbezirk Lübeck handelt, sondern lediglich Schüler*innen in den drei Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck befragt wurden. Zudem sind in der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck nicht alle Items enthalten, die in den beiden weiteren Befragungen inkludiert wurden. Die hier präsentierten Ergebnisse für die Befragungen 2013 und 2014 können zum Teil leicht von denen in Maresch und Bliesener (2015) und Maresch et al. (2013) abweichen, da sich dafür entschieden wurde, die „keine Angabe“ Kategorie als fehlenden Wert zu betrachten und einige Fälle aus dem Datensatz ausgeschlossen wurden. Die Jugendlichen hatten bei jeder der Einstellungen die Möglichkeit, ihre Zustimmung von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „4 – stimme voll und ganz zu“ abzustufen. Die Kategorien „3 – stimme eher zu“ und „4 – stimme voll und ganz zu“ wurden für die Analyse als Zustimmung gedeutet.

In den Vorgängerbefragungen wurden Schüler*innen die Befragungsinstrumente zu rechten Einstellungen nur vorgelegt, wenn sie selbst und ihre Eltern in Deutschland geboren wurden (definiert als Jugendliche mit deutscher Herkunft). Um die Vergleichbarkeit der Befragungen zu wahren, werden in Kapitel 3.1 ebenfalls nur diese Jugendlichen betrachtet. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die Operationalisierung des Migrationsstatus der Jugendlichen in Kapitel 3.1 von der Operationalisierung in den weiteren Kapiteln abweicht (siehe Kapitel 2.2 für eine Erklärung des Migrationshintergrundes). Die Ergebnisse der restlichen Kapitel dieses Forschungsberichts beziehen sich auf alle Jugendlichen unabhängig ihres Migrationshinter-

grunds; dabei werden teilweise Vergleiche zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund vorgenommen.

Insgesamt lässt sich für viele der rechten Einstellungen eine Zunahme der Zustimmungsgewinne unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein ausmachen (vgl. Tabelle 2). So deutet vieles darauf hin, dass 2018 vermehrt ausländerfeindliche, muslimfeindliche und demokratieablehnende Einstellungen geteilt werden als noch im Jahr 2013 bzw. 2014. Für den Landgerichtsbezirk Itzehoe ist ebenso eine signifikante Steigerung der chauvinistischen bzw. nationalistischen sowie sozialdarwinistischen und antisemitischen Einstellungen zu beobachten. Für die muslimfeindlichen und ausländerfeindlichen Einstellungen ist es ebenso der Landgerichtsbezirk Itzehoe, dessen Zustimmungsgewinne am deutlichsten im Vier-Jahres-Vergleich steigen. Der Landgerichtsbezirk Flensburg wird vor allem aufgrund des Zuwachses an antisemitischen Einstellungen auffällig.

Ein entgegengesetzter Trend ist für die sexistischen Einstellungen zu konstatieren. Die Jugendlichen Schleswig-Holsteins stimmen diesen Aussagen im Jahr 2018 deutlich seltener zu als vier Jahre zuvor. Im Landgerichtsbezirk Itzehoe ist keine signifikante Abnahme der sexistischen Einstellungen zu beobachten.

Tabelle 2. Vergleich der Zustimmungsgewichte zu rechten Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Ausländerfeindlichkeit								
Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen. (-)	20,0	33,3	23,0	37,6	16,1	34,1	-	31,8
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.	20,2	15,8	25,3	21,5	14,9	17,0	22,3	19,8
Muslimfeindlichkeit								
Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben. (-)	20,8	31,4	19,9	33,9	17,1	36,6	22,6	32,7
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	24,7	31,0	24,8	34,7	18,4	32,1	24,2	30,0
Sexismus								
Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem. (-)	60,8	46,2	62,8	44,8	68,6	48,9	-	51,5
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren.	14,8	8,5	16,4	10,0	9,4	7,5	-	9,6
Sozialdarwinismus								
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	23,9	21,9	31,9	30,6	17,8	23,8	24,5	24,1
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	13,8	13,4	21,8	20,2	10,2	17,5	15,9	15,0
Antisemitismus								
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig.	9,6	11,2	11,5	16,5	5,2	10,7	12,5	14,9
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns.	12,0	10,1	16,0	21,7	8,0	13,8	12,2	14,0
Chauvinismus								
Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen.	21,2	22,2	29,0	29,0	15,3	24,5	38,5	21,6
Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	-	44,1	-	55,6	-	46,2	-	43,7
Demokratieablehnung								
Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie.(-)	25,8	30,7	25,2	38,8	22,7	29,5	-	32,1
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	13,3	13,7	16,8	16,4	9,1	11,9	15,4	12,4

Anmerkungen: Fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei $p < ,05$, *(-) = Umkehritem; der Zustimmungsgewicht bezieht sich auf das umkodierte Item.

3.2 Prävalenz rechter Einstellungen

Für eine noch umfassendere Präsentation des Rechtsextremismuspotentials Schleswig-Holsteins wurde sich dafür entschieden, neben den im Jahr 2013 und 2014 aufgenommenen rechten Einstellungen ebenfalls das etablierte Messinstrument rechter Einstellungen der Leipziger Mitte-Studie heranzuziehen (siehe z. B. Decker und Brähler 2018). Dieses Instrument beinhaltet sechs Einstellungsdimensionen von Rechtsextremismus mit jeweils drei Items. Betrachtet werden die Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Im Unterschied zum Leipziger Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen, der in den Mitte-Studien zum Einsatz kommt (z. B. Decker und Brähler (2018)), sollten die Jugendlichen die Aussagen nicht auf einer fünf-, sondern auf einer vierstufigen Antwortskala bewerten (von „1 - stimme überhaupt nicht zu“ bis „4 - stimme voll und ganz zu“).

In Bezug auf jedes Item wurden die Befragten anhand ihrer Antworten in die beiden Gruppen keine Zustimmung (Itemwerte 1 und 2) und Zustimmung (Itemwerte 3 und 4) eingeteilt. Für jede der sechs Dimensionen wird daraufhin auch ein Gesamtskalenwert berichtet, bei der die Jugendlichen im Durchschnitt bei allen Items der jeweiligen Dimension einen Itemwert von ≥ 3 aufweisen müssen, um bei der jeweiligen Dimension als zustimmend eingestuft zu werden. Darüber hinaus wurde in Anlehnung an die Leipziger Mitte-Studien der Anteil von Jugendlichen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ermittelt: Um in diese Kategorie zu fallen, mussten die Antworten über alle Aussagen hinweg in allen sechs Dimensionen einen mittleren Skalenwert von ≥ 3 erreichen.

Darüber hinaus wurden weitere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2012) erhoben wie Homophobie, Muslimfeindlichkeit, Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen, Hartz-IV-Empfänger*innen und obdachlosen Personen sowie Sexismus. Auch bei diesem Instrument hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Antworten auf einer vierstufigen Skala von „1 - stimme überhaupt nicht zu“ bis „4 - stimme voll und ganz zu“ abzugeben. Als Zustimmung gilt bei der Betrachtung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ebenfalls ein Skalenwert von ≥ 3 als Zustimmung. Im Unterschied zum Kapitel 3.1 wurden in diesem Kapitel sowohl Jugendliche mit als auch ohne Migrationshintergrund betrachtet, weshalb die Zustimmungssanteile, die in Kapitel 3.1 und in Kapitel 3.2 berichtet werden, leicht voneinander abweichen können.

Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild teilen in Schleswig-Holstein 3,1 % der

Jugendlichen (vgl. Tabelle 3). Im Vergleich der Landgerichtsbezirke zeigen sich dabei signifikante Unterschiede. Während im Landgerichtsbezirk Lübeck lediglich 1,8 % der Schüler*innen solch ein Weltbild vertreten, sind es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Kiel 2,5 bzw. 3,6 % der Heranwachsenden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist es sogar jede*r 19. Jugendliche, der im Durchschnitt allen rechten Einstellungen zustimmt (5,3 %). Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es Flensburg, dessen Schüler*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen. Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz der rechten Einstellungen liegt je nach Dimension im Landgerichtsbezirk Lübeck oder Kiel. Wirft man einen Blick auf die absoluten Zahlen, so kann auf Basis der Prävalenzrate von 3,1 % die Anzahl der Jugendlichen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild für das Bundesland Schleswig-Holstein auf ca. 6.204 Jugendliche (bei 200.140 Einwohnern im Alter von 12 bis 18 Jahren; (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018); Stand 2017) geschätzt werden.

Tabelle 3. Zustimmung zu rechten Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ausländerfeindlichkeit ($\alpha = 0,81$)	15,7	17,7	14,9	13,8	15,3
Deutschland ist durch die Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	31,4	37,3	33,3	34,9	33,7
Die Ausländer kommen nur hierher, um Geld vom Staat zu bekommen.	24,2	23,3	22,7	23,1	23,4
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	21,3	25,2	22,5	21,0	22,0
Sozialdarwinismus ($\alpha = 0,53$)	13,3	18,8	13,4	12,2	13,8
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	24,3	31,2	25,3	24,9	25,7
Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	44,3	53,7	45,4	43,2	45,6
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	20,2	28,4	26,2	24,3	23,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus ($\alpha = 0,63$)	6,6	12,3	8,2	8,8	8,4
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann sehen.	17,5	21,9	22,1	18,1	19,2
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	18,0	25,1	17,8	22,8	20,4
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	20,3	30,2	24,1	25,0	23,8
Antisemitismus ($\alpha = 0,79$)	4,7	10,0	6,1	4,8	5,8
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns.	11,0	20,8	13,4	13,4	13,6
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	9,3	15,0	11,6	10,3	10,9
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	11,3	20,4	12,5	14,6	13,8
Chauvinismus ($\alpha = 0,76$)	14,1	16,9	14,6	13,6	14,5
Die Deutschen sollten Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	42,3	50,7	46,2	47,3	45,8
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	15,1	17,6	19,3	15,8	16,6
Die Deutschen müssen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.	27,9	29,1	22,9	24,3	26,0
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur ($\alpha = 0,70$)	6,0	9,0	6,6	6,6	6,7
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	13,7	15,5	12,3	14,6	13,9
Eine Diktatur (alleinige Herrschaft einer Person/ Gruppe) ist die beste Staatsform.	5,6	7,5	6,3	4,1	5,6
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die das deutsche Volk insgesamt verkörpert.	29,3	38,2	34,2	35,6	33,5
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild ($\alpha = 0,89$)	3,6	5,3	2,5	1,8	3,1

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei $p < ,05$.

Insgesamt liegen die Prävalenzen bei der Dimension Ausländerfeindlichkeit mit 15,3 % zustimmenden Jugendlichen am höchsten. Doch auch die chauvinistischen (14,5 %) und sozialdarwinistischen Einstellungen (13,8 %) werden von ca. jedem oder jeder siebten Schüler*in befürwortet. Darüber hinaus sind es 8,4 % der Heranwachsenden, die den Nationalsozialismus verharmlosen; 6,7 % befürworten eine rechtsautoritäre Diktatur und 5,8 % teilen antisemitische Einstellungen.

Bei der Betrachtung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen sich die höchsten Prävalenzen für die Abwertung von Menschen, die Hartz-IV empfangen (vgl. Tabelle 4): 38,9 % der Jugendlichen teilen solch eine Einstellung. Für die Muslimfeindlichkeit zeigt sich, dass 15,9 % der Jugendlichen als muslimfeindlich eingestellt kategorisiert werden können. Abwertend gegenüber obdachlosen Personen äußern sich 12,9 % der Schüler*innen. Dieser Anteil liegt in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe höher als in den Landgerichtsbezirken Lübeck und Kiel.

Die weiteren Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kommen etwas seltener vor. Dennoch lassen sich 9,4 % der Jugendlichen ausmachen, die homophobe Einstellungen teilen; 6,1 % werten Menschen mit Behinderungen ab und 5,6 % äußern sich zustimmend gegenüber den sexistischen Aussagen. Wenngleich sich die Unterschiede der Landgerichtsbezirke bei Betrachtung der Gesamtskalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nur bei der Abwertung gegenüber Obdachlosen als signifikant erweisen, können für einige einzelne Items bei der Abwertung gegenüber Hartz-IV-Empfänger*innen und Menschen mit Behinderungen, der Homophobie und der Muslimfeindlichkeit dennoch signifikante Unterschiede ausgemacht werden. Mit Ausnahme der Homophobie fallen diese derart aus, dass der Landgerichtsbezirk Flensburg die höchsten Prävalenzraten erzielt. Homophobe Einstellungen werden hingegen am häufigsten im Landgerichtsbezirk Lübeck, am seltensten im Landgerichtsbezirk Flensburg geteilt.

Tabelle 4. Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Homophobie ($\alpha = 0,79$)	8,0	7,6	10,7	10,9	9,4
Ich finde es gut, dass die Ehe zwischen zwei Männern bzw. zwei Frauen jetzt erlaubt ist. (-)	18,0	17,2	20,3	20,8	19,2
Es ist ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.	16,9	17,2	20,4	18,6	18,2
Homosexualität ist etwas Schlechtes.	9,5	8,3	12,1	12,9	10,9
Muslimfeindlichkeit ($\alpha = 0,73$)	15,5	19,1	16,5	14,3	15,9
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	28,4	33,0	28,5	28,1	29,0
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	17,2	22,5	19,0	15,5	17,8
Abwertung von obdachlosen Personen ($\alpha = 0,56$)	13,2	15,0	14,9	10,1	12,9
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	24,5	27,6	24,2	22,8	24,4
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	20,1	20,9	21,9	19,7	20,5
Abwertung von Menschen mit Behinderungen ($\alpha = 0,60$)	5,4	7,0	5,9	6,8	6,1
Viele Forderungen von Menschen mit Behinderung finde ich übertrieben.	13,7	16,4	15,6	15,7	15,1
Menschen mit Behinderung erhalten zu viele Vergünstigungen.	10,1	14,7	9,7	10,0	10,7
Abwertung von Hartz-IV Empfänger*innen ($\alpha = 0,73$)	39,1	42,8	40,4	35,8	38,9
Hartz-IV-Empfänger*innen machen sich auf Kosten der arbeitenden Menschen ein bequemes Leben.	45,7	51,5	49,7	41,1	46,1
Die meisten Hartz-IV-Empfänger*innen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	50,8	55,5	52,4	46,9	50,7
Sexismus ($\alpha = 0,57$)	6,1	6,9	5,2	4,5	5,6
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren.	10,0	10,2	9,4	10,8	10,1
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	10,6	12,1	13,2	11,0	11,5

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei $p < ,05$.

3.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test

Im Folgenden werden die in Kapitel 1.2 theoretisch hergeleiteten Korrelate von rechten Einstellungen in ein gemeinsames Regressionsmodell überführt, um zu ermitteln, inwieweit sich diese bei der Vorhersage rechtsextremer Einstellungen gegenseitig ergänzen können und somit für eine gemeinsame Vorhersage geeignet sind. In Tabelle 9 und Tabelle 10 aus dem Anhang sind alle einbezogenen Korrelate abgebildet. Hinsichtlich der Methode und der Operationalisierung der durchgeführten Analysen sei auf Krieg et al. (2019) verwiesen.

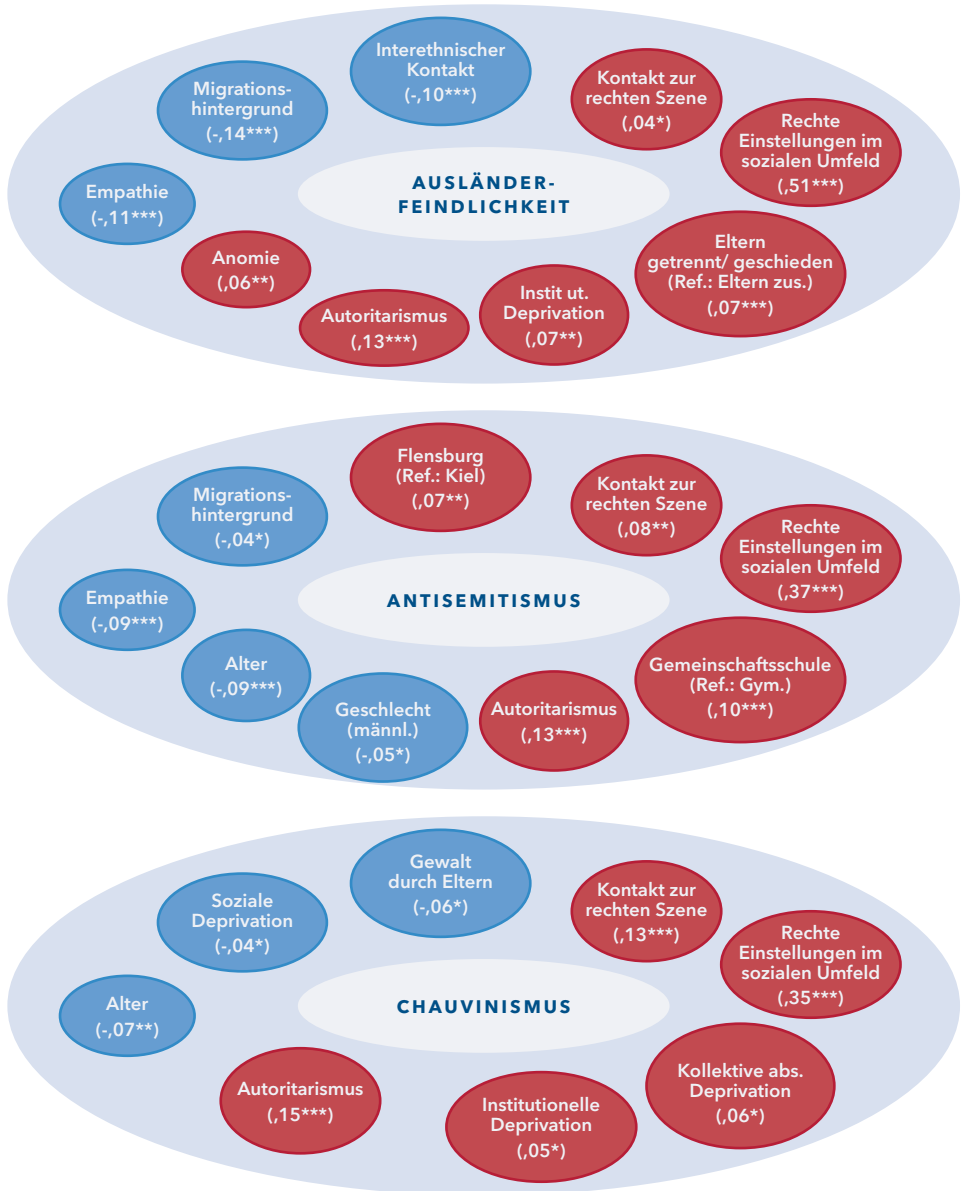
Die Analyse der Korrelate rechter Einstellungen hat aufgezeigt, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld der Befragten (d. h. Eltern, Klassenlehrer*in und beste*r Freund*in) stark mit der eigenen Zustimmung zu rechten Einstellungen in Zusammenhang stehen (vgl. Abbildung 2). Dies gilt über alle betrachteten Einzeldimensionen hinweg, wobei sich der stärkste Zusammenhang für die Dimension Ausländerfeindlichkeit zeigt. Auch der Kontakt in die rechtsextreme Szene hat sich als bedeutsames Korrelat rechter Einstellungen erwiesen, wenngleich die Effekte vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Als weitere Risikomarker haben sich autoritaristische Einstellungen, ein stärker ausgeprägtes hierarchisches Selbstinteresse, weibliches Geschlecht und institutionelle sowie kollektive Deprivation herausgestellt, wohingegen Empathie und interethnischer Kontakt als bedeutsame Schutzfaktoren interpretiert werden können. Der Besuch einer Gemeinschaftsschule ist weiterhin mit einer stärkeren Zustimmung zu rechten Aussagen verbunden, wohingegen Impulsivität und Feindseligkeit/Aggressivität unter Einbeziehung aller anderen Korrelate keinen eigenständigen Erklärungswert aufweisen. Weiterhin war im Vergleich zum Referenzlandgerichtsbezirk Kiel eine höhere Zustimmung zu antisemitischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden und sozialdarwinistischen Einstellungen unter Jugendlichen im Landgerichtsbezirk Flensburg zu beobachten.

Darüber hinaus kann konstatiert werden, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld, Kontakt zur rechtsextremen Szene und Autoritarismus mit einer höheren Wahrscheinlichkeit des Vertretens eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds verbunden waren, während höhere Empathie signifikant mit einer verringerten Wahrscheinlichkeit des Vertretens eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds assoziiert war (vgl. Abbildung 3). Im Vergleich der Landgerichtsbezirke fällt auf, dass Schüler*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck signifikant seltener das rechtsextreme Weltbild vertreten als Schüler*innen im Landgerichtsbezirk Kiel.

Abbildung 2. Signifikante Korrelate rechter Einstellungen

(* $p < ,05$; ** $p < ,01$; *** $p < ,001$; standardisierte beta-Koeffizienten (β), gewichtete Daten)

● Potentieller Schutzfaktor ● Potentieller Risikofaktor



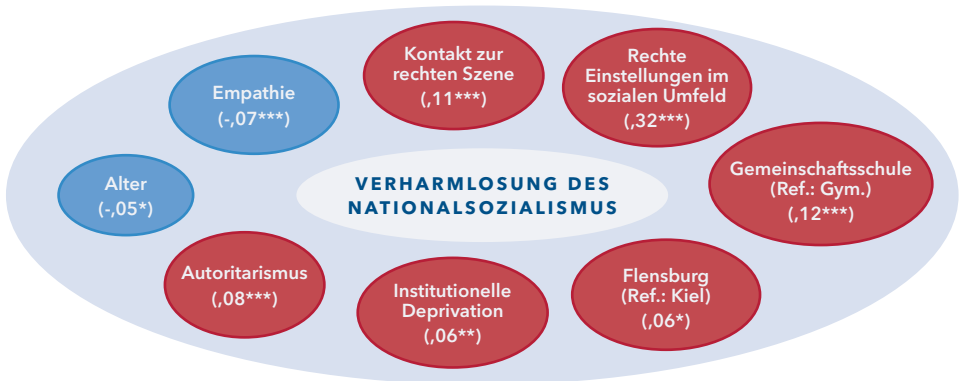
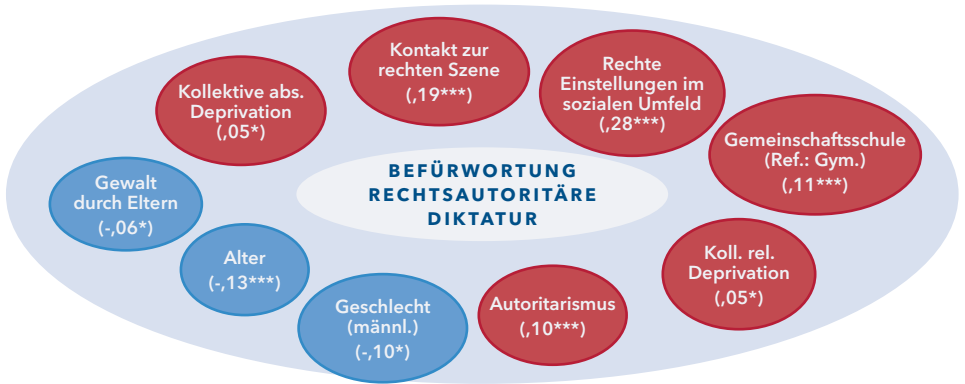
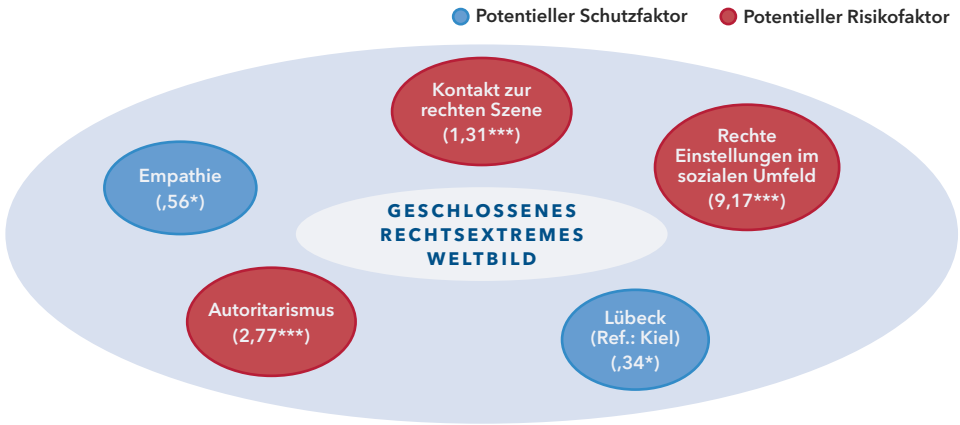


Abbildung 3. Signifikante Korrelate des geschlossen rechtsextremen Weltbilds (OR, *p < ,05; **p < ,01; ***p < ,001, gewichtete Daten).



4. Politisch rechts motivierte Verhaltensweisen

4.1 Kontakt zur rechtsextremen Szene

Im Gegensatz zu diskriminierenden Verhaltensweisen handelt es sich bei den Kontakt-erfahrungen mit der rechtsextremen Szene ausschließlich um Handlungen, die mitunter rechtsextrem orientiert, jedoch nicht strafbar sind. Die Hemmschwelle zur Ausführung solcher Handlungen ist generell geringer als bei einer rechten Straftat; teilweise finden die Kontakterfahrungen in die rechtsextreme Szene auch passiv statt. Insgesamt haben 34,9 % der Jugendlichen schon einmal mindestens eine der Kontakt-erfahrungen mit der rechtsextremen Szene gemacht (vgl. Tabelle 5). Die drei häufigsten Zugangswege sind dabei Flyer (24,6 %) und Internetseiten von rechten Organisationen und Gruppen (9,8 %) sowie das Hören von rechten Bands (7,0 %). Das Hören rechter Bands ist mit 8,4 % in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe höher als in den Landgerichtsbezirken Kiel (5,1 %) und Lübeck (7,6 %). Für die Veränderungen der Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene im Zeitverlauf sowie eine Differenzierung nach Landgerichtsbezirk siehe Krieg et al. (2019).

Table 5. Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene nach Landgerichtsbezirk und Befragungsjahr (in %; gewichtete Daten)

	Gesamt
	2018
Ich habe schon einmal einen Flyer von einer rechten Organisation/Gruppe gelesen.	24,6
Ich war im Internet schon einmal auf der Seite einer rechten Organisation/Gruppe.	9,8
Ich habe schon einmal eine E-Mail von einer rechten Organisation/ Gruppe bekommen.	2,5
In meiner Nachbarschaft gab es schon Aktionen wie Grillfeste oder Fußballturniere, die von rechten Organisationen durchgeführt wurden.	4,9
Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: <i>Endstufe, Kraftschlag, Landser/Die Lunikoff Verschwörung, Stahlgewitter, Sleipnir, Moshpit, Kategorie C, Absurd, Faustrecht, Frontalkraft, Gigi und die braunen Stadtmusikanten, N'Socialist Soundsystem/Enessess, Path of Resistance*</i>	7,0
Manchmal hänge ich mit Leuten, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, einfach nur rum.	6,6
Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons, um zu zeigen, dass ich rechts bin.	1,5
Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie <i>Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Thor Steinar, Rizist, Troublemaker, Erik and Sons, Sportfrei o.Ä</i> getragen, um zu zeigen, dass ich rechts bin. **	1,9
Ich bin schon einmal auf einem Konzert von einer rechten Band gewesen.	2,1
Ich habe schon an Aktionen rechter Organisationen teilgenommen (Flyer verteilen, Demonstration, Gedenkmarsch). ***	2,0
Anhand meiner Profile in den sozialen Medien (z.B. Whatsapp, Facebook, Instagram) zeige ich, dass ich politisch rechts drauf bin.	2,5
Mind. eine Kontakterfahrung zur rechtsextremen Szene	34,9

Über die Kontakterfahrungen und niedrigschwiligen rechten Verhaltensweisen hinaus wurden die Jugendlichen ebenfalls gebeten anzugeben, ob sie in einer rechten Kameradschaft, Clique oder einer anderen rechten Gruppe Mitglied sind (vgl. Tabelle 6). Insgesamt sind 8,8 % und damit ist ca. jede*r elfte Schüler*in in mindestens einer dieser Gruppierungen Mitglied. Dieser Anteil liegt mit 13,5 % im Landgerichtsbezirk Flensburg deutlich höher als in den Landgerichtsbezirken Kiel (8,0 %), Itzehoe (7,2 %) und Lübeck (8,4 %). Die Unterschiede in den Landgerichtsbezirken werden dabei als signifikant ausgewiesen.

Tabelle 6. Mitgliedschaft in einer rechten Gruppierung (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Rechte Kameradschaft	4,1	6,6	3,9	4,1	4,4
Rechte Clique	4,0	6,3	3,3	3,9	4,2
Andere rechte Gruppe	3,9	5,2	2,0	3,5	3,6
Mind. eine Gruppe	8,0	13,5	7,2	8,4	8,8

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei $p < ,05$.

4.2 Diskriminierende Verhaltensweisen

Als besonders gravierend werden rechts motivierte Straftaten eingestuft, wenn sie sich gegen Personen richten. Abgefragt wurden daher diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer*innen, obdachlosen Personen, Menschen mit Behinderung sowie homosexuellen Personen. Die Jugendlichen sollten angeben, ob sie die jeweiligen Personen jemals angepöbelt haben, die Sachen der Person kaputt gemacht haben, sie geschlagen oder getreten haben und sie mit Worten oder einer Waffe bedroht haben. Da sich zwischen den Landgerichtsbezirken keine signifikanten Unterschiede der jeweiligen Prävalenzen ausmachen lassen, sind die Prävalenzen des gesamten Bundeslandes dargestellt (detaillierte Auswertungen bei Krieg et al. (2019)).

Insgesamt sind die Handlungen gegenüber Ausländer*innen am prävalentesten: 8,9 % der Heranwachsenden haben sich schon einmal diskriminierend gegenüber einer ausländischen Person verhalten (vgl. Tabelle 7). Diskriminierende Handlungen gegenüber Menschen mit Behinderungen (5,6 %), homosexuellen Menschen (3,2 %) und obdachlosen Personen (1,8 %) wurden etwas weniger oft ausgeführt. Die unterschiedlich hohen Prävalenzen für die Taten gegenüber den einzelnen Personengruppen könnten ebenso in einem Zusammenhang mit Gelegenheitsstrukturen stehen. So

werden Jugendliche deutlich häufiger mit ausländischen Personen als mit obdachlosen Personen in Kontakt kommen. Nimmt man diese vier gesellschaftlichen Gruppen zusammen, zeigt sich, dass 13,6 % der Jugendlichen und damit ca. jede*r siebte Schüler*in schon einmal mindestens eine der diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber einer der Gruppen ausgeführt hat. Die eher niedrigschwelligen Taten des Anpöbelns und der Bedrohung mit Worten finden häufiger statt als die schwerwiegenden Taten der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe. Weiterführende Analysen machen deutlich, dass Vorurteile gegenüber der jeweiligen Personengruppe in einem starken, signifikanten Zusammenhang mit der Ausführung von Diskriminierung stehen (Krieg et al. 2019). Aus diesen Ergebnissen kann gefolgert werden, dass die diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen sehr häufig von Personen ausgeführt werden, die die entsprechenden Vorurteile teilen.

Falls die Jugendlichen angegeben haben, eine der Taten begangen zu haben, wurde gefragt, ob die Eltern, Lehrkräfte und Freunde des oder der Befragten von der jeweils schlimmsten Tat erfahren haben. Lediglich in 39,4 % der Fälle haben die Eltern von der jeweiligen Tat erfahren. In 23,0 % der Taten wussten die Lehrkräfte Bescheid. In über drei Viertel der Fälle haben die Jugendlichen angegeben, dass ihre Freunde von der Tat Bescheid wussten (75,4 %). Darüber hinaus wurde erfragt, wie diese Personen auf solche diskriminierenden Verhaltensweisen reagiert haben. Einbezogen in die Analyse wurden nur diejenigen Fälle, in denen die jeweilige Person von der Tat erfahren hat. Die Reaktion des Umfelds auf eine solche Tat fällt unter den Freunden am positivsten aus. Nur 11,8 % der Freunde bewerteten die Tat negativ. Eltern reagieren jedoch ebenfalls nur in 57,1 % (Mutter) bzw. 46,7 % (Vater) negativ auf die Tat. In 74,1 % der Fälle fand eine Lehrkraft die Tat nicht gut.

Tabelle 7. Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	Ausländer*innen	Obdachlose Personen	Menschen mit Behinderungen	Homosexuelle Personen	Mind. einer dieser Gruppen
Die Person angepöbelt	6,9	1,3	4,2	2,5	10,7
Sachen der Person kaputt gemacht	1,2	0,6	0,9	0,7	2,3
Die Person geschlagen oder getreten	2,0	0,4	2,1	0,7	4,0
Die Person mit Worten bedroht	3,4	0,7	2,2	1,5	5,9
Die Person mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	0,9	0,4	0,5	0,6	1,7
Mind. ein Verhalten	8,9	1,8	5,6	3,2	13,6

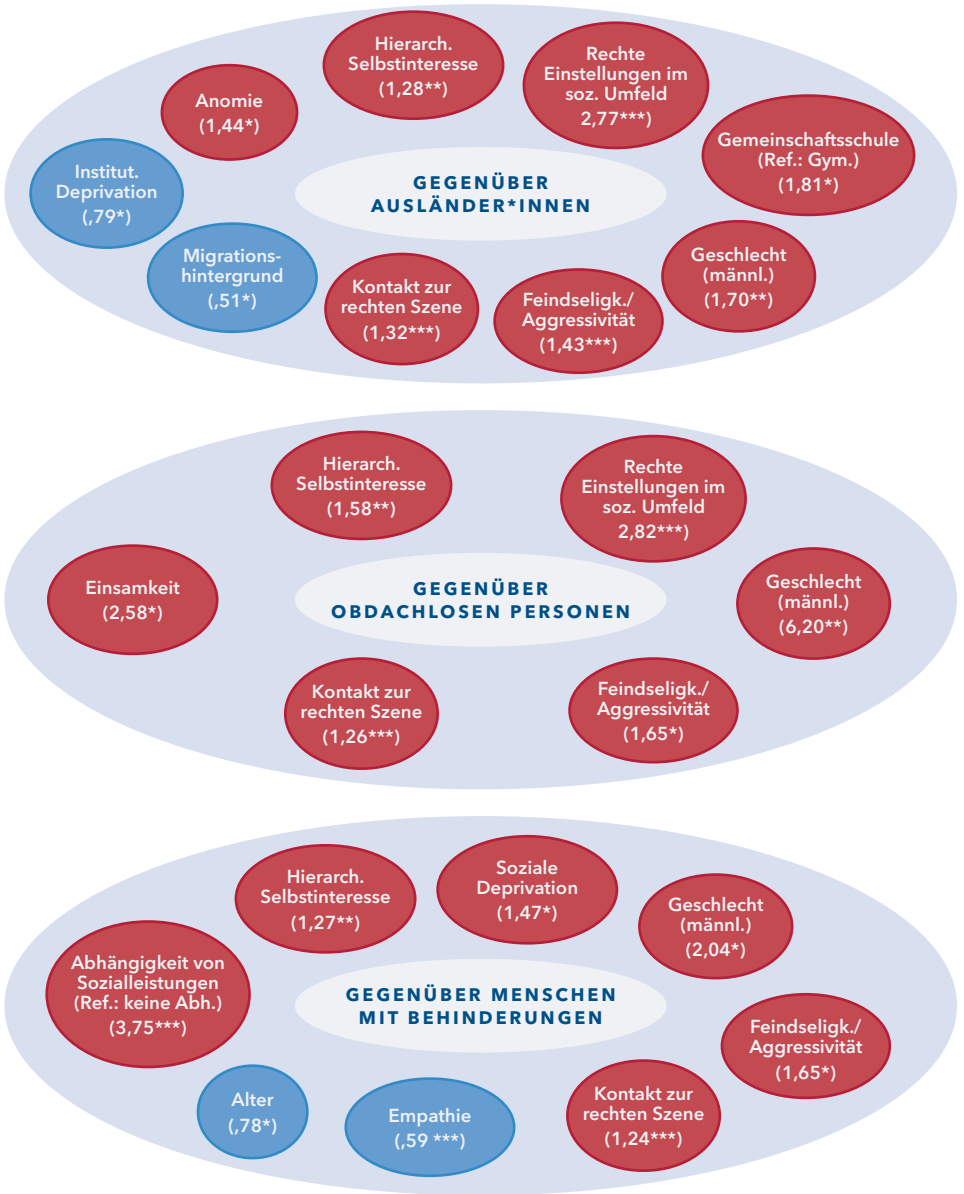
4.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test

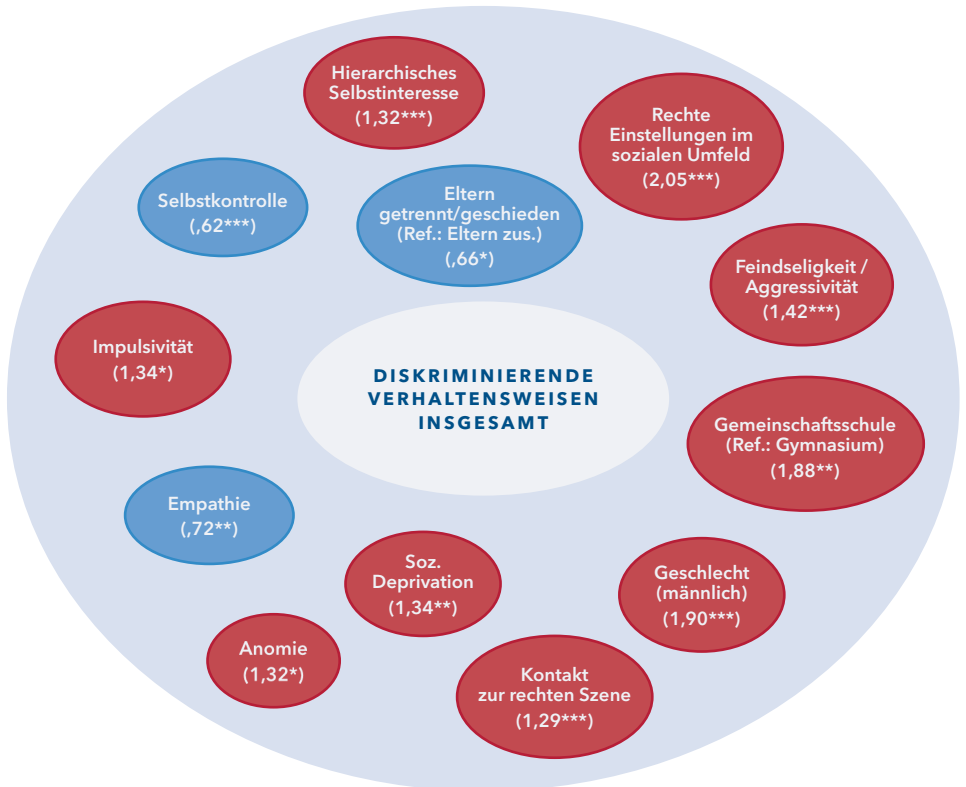
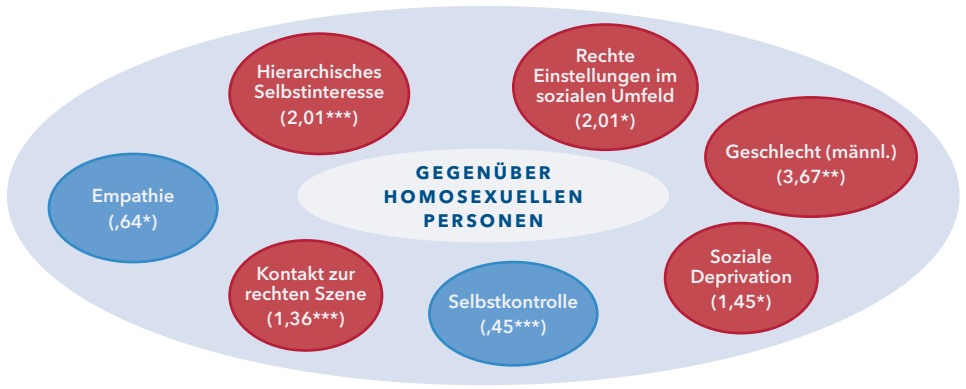
Im Folgenden werden die potentiellen Einflussfaktoren zusammen mit den Verhaltensweisen gegenüber den vier Personengruppen in ein gemeinsames Regressionsmodell überführt, wobei getrennte Modelle für jede Personengruppe berechnet wurden. Dies erlaubt es festzustellen, welche relative Bedeutung den diskutierten Einflussfaktoren bei der Erklärung von diskriminierendem Verhalten gegenüber unterschiedlichen Personengruppen zukommt. Für die methodische Herangehensweise der Analyse siehe Krieg et al. (2019). Das komplette Modell kann Tabelle 11 aus dem Anhang entnommen werden.

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsmodelle haben erneut aufgezeigt, dass auch bei der Erklärung diskriminierender Verhaltensweisen die Faktoren des sozialen Umfelds (Kontakt zur rechtsextremen Szene und rechte Einstellungen im sozialen Umfeld) bedeutsame potentielle Einflussfaktoren darstellen (vgl. Abbildung 4). Jugendliche, die über ausgedehntere Kontakte zur rechtsextremen Szene verfügen und deren Eltern, beste*r Freund*in und Klassenlehrer*in im Durchschnitt eher rechte Einstellungen vertreten, zeigen in Bezug auf die betrachteten sozialen Gruppen (Ausländer*innen, obdachlose Personen, Menschen mit Behinderung, homosexuelle Personen) sowie in Bezug auf den Gesamtindex diskriminierendes Verhalten signifikant mehr diskriminierendes Verhalten. Weiterhin haben sich Persönlichkeitsfaktoren (Feindseligkeit/Aggressivität, Empathie, Hierarchisches Selbstinteresse, Selbstkontrolle) als wichtige Korrelate von diskriminierendem Verhalten herausgestellt. In Ansätzen haben sich auch Deprivations- und Desintegrationserfahrungen als bedeutsam für die Ausübung solcher Verhaltensweisen erwiesen, darunter der Besuch einer Gemeinschaftsschule im Vergleich zu einem Gymnasium, soziales Deprivationserleben, Einsamkeit und Gefühle der Anomie. Demgegenüber war die institutionelle Deprivation teilweise signifikant negativ mit dem Ausüben diskriminierender Verhaltensweisen assoziiert.

Abbildung 4. Signifikante Korrelate diskriminierender Verhaltensweisen (OR, *p < ,05; **p < ,01; ***p < ,001, gewichtete Daten).

● Potentieller Schutzfaktor ● Potentieller Risikofaktor





5. Opferschaft von politisch rechts motivierten Verhaltensweisen

Die Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit soll neben der Täterperspektive ebenso aus der Opferperspektive betrachtet werden. So ist es denkbar, dass Personen aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Religion etc. nicht (nur) von gleichaltrigen Jugendlichen diskriminiert werden, sondern auch Lehrkräfte oder andere erwachsene Personen als Täter*innen in Frage kommen. Für diese Untersuchung wurden die Schüler*innen gebeten anzugeben, ob sie in den letzten zwölf Monaten aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit eine Reihe von Diskriminierungserfahrungen erlebt haben. Es wurden die sieben verschiedenen Verhaltensweisen „Ich wurde angepöbeln“, „Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht“, „Ich wurde geschlagen oder getreten“, „Ich wurde mit Worten bedroht“, „Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht“, „Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen“, „Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert“ abgefragt. Als Grund für die jeweilige Viktimisierung haben die Jugendlichen Angaben gemacht, ob sie in den letzten zwölf Monaten wegen ihrer Nationalität, Herkunft, Sprache oder Hautfarbe, wegen ihrer Religion, wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihrer politischen Meinung diskriminiert wurden. Wenn es mehrere Gründe gab, sollten die Schüler*innen den ausschlaggebenden Grund auswählen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Schüler*innen mit 6,3 % am häufigsten Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft ausgesetzt waren (vgl. Tabelle 8). Hierbei sind erwartungsgemäß mehr Schüler*innen mit Migrationshintergrund als ohne Migrationshintergrund betroffen (21,3 vs. 1,7 %). Ebenso erleben Gemeinschaftsschüler*innen häufiger diese Art von Diskriminierung als Gymnasiast*innen (7,3 vs. 4,9 %). Am zweithäufigsten erleben die Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Meinung (3,2 %). Diese Form von Diskriminierung findet vermehrt bei Gemeinschaftsschüler*innen im Vergleich zu Gymnasiast*innen (3,9 vs. 2,0 %) sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund statt (4,5 vs. 2,8 %). Diskriminierung aufgrund der Religion erleben 2,3 % der Jugendlichen. Dabei sind muslimische Jugendliche (Islam: 18,1 %; Christentum: 1,1 %; andere Religion: 9,2 %), Schüler*innen mit Migrationshintergrund (ohne Migrationshintergrund: 1,0 %; mit Migrationshintergrund:

6,5 %) und Gemeinschaftsschüler*innen (Gemeinschaftsschule: 3,0 %; Gymnasium: 1,3 %) häufiger betroffen. Wegen der sexuellen Orientierung haben 1,7 % der Befragten schon einmal Diskriminierungserfahrungen gemacht. Unter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts leiden 1,7 % der Heranwachsenden, wobei Mädchen dabei vermehrt Erfahrungen machen als Jungen (2,8 vs. 0,5 %). Insgesamt haben 12,6 % der Schüler*innen schon einmal irgendeine Form der Diskriminierung erfahren. An Gemeinschaftsschulen (14,3 %) und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund (30,8 %) sind Diskriminierungserfahrungen ebenso prävalenter als an Gymnasien (10,0 %) und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (7,0 %).

Wenn die Jugendlichen angegeben haben, dass sie in den letzten zwölf Monaten mindestens eine der Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Gruppenzugehörigkeit der fünf gesellschaftlichen Gruppen erlebt haben, wurden die Schüler*innen gebeten, an den schlimmsten Vorfall zu denken und weitere Fragen zu diesem Vorfall zu beantworten.

Zunächst wurden die Jugendlichen gebeten einzuschätzen, wie schlimm der Vorfall alles in allem für sie war. Dabei haben 29,3 % der Schüler*innen angegeben, dass der Vorfall „gar nicht schlimm“ für sie war. Für 30,4 % der Befragten war er „etwas schlimm“ und für 25,3 % der Jugendlichen „schlimm“. 15,1 % der Heranwachsenden stuften den Vorfall als „sehr schlimm“ ein. In 55,1 % der Fälle gaben die Jugendlichen an, dass nichts nach der Tat geschehen ist. In 12,2 % der Fälle wurde die Polizei informiert. Ein klärendes Gespräch mit dem oder der Täter*in fand in 9,8 % der Fälle statt. Die Erfahrung, dass sich der oder die Täter*in nach der Tat entschuldigt hat, haben 11,3 % der Heranwachsenden gemacht. Nur in 4,6 % der Fälle wurde die Tat z. B. von der Schule oder einem Gericht bestraft. 44,6 % der Diskriminierungsoffer schätzen die Herkunft des oder der Täter*in als eine andere als die deutsche ein. Keine Auskunft kann aufgrund der subjektiven Einschätzung des Opfers dabei darübergemacht werden, ob der oder die Täter*in tatsächlich einen Migrationshintergrund aufgewiesen hat.

Tabelle 8. Diskriminierungserfahrungen aufgrund jeweiliger Gruppenzugehörigkeit (in %; gewichtete Daten)

	Nationalität	Religion	Geschlecht	Sexuelle Orientierung	Politische Meinung	Gruppenzugehörigkeit
Ich wurde angepöbelt.	4,4	1,4	1,1	0,9	2,3	10,0
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	0,9	0,3	0,2	0,3	0,4	2,0
Ich wurde geschlagen oder getreten.	1,1	0,1	0,1	0,3	0,4	2,0
Ich wurde mit Worten bedroht.	2,8	0,7	0,4	0,4	0,9	5,1
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,5	0,1	0,2	0,0	0,2	1,0
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	1,0	0,5	0,4	0,6	0,3	2,8
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,6	0,2	0,1	0,2	0,3	2,0
Mind. ein Verhalten	6,3	2,3	1,7	1,7	3,2	12,6

6. Handlungsempfehlungen

Auf Basis der vorgestellten Ergebnisse können eine Reihe von Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden, die relevant für die professionelle Arbeit mit Jugendlichen in Bezug auf die Förderung demokratiebefürwortender Einstellungen und Toleranz sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten und der Bekämpfung von Gewalt sind. Dies gilt sowohl im Hinblick auf primärpräventive Maßnahmen als auch bezogen auf Gruppen von Jugendlichen, die entweder als gefährdet hinsichtlich der Hinwendung zur rechtsextremen Szene einzustufen sind oder aber bereits Kontakt zur rechtsextremen Szene haben. An dieser Stelle sei explizit auf die Relevanz und Notwendigkeit der Fortführung von bestehenden Präventionsanstrengungen und -programmen in Bezug auf Rechtsextremismus hingewiesen. Deren Intensivierung und Ausbau sollte einen zentralen Stellenwert bei der weiteren Vorbeugung und Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen unter Jugendlichen einnehmen. Die hier formulierten Handlungsempfehlungen lassen sich somit im Sinne verstärkender Maßnahmen zu ohnehin bestehenden Präventionsanstrengungen interpretieren, die in Zukunft fortgeführt und um zentrale Aspekte erweitert werden sollten.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 1

Widerstand gegen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen im sozialen Umfeld stärken

Die Analyse der potentiellen Risiko- und Schutzfaktoren rechtsextremer Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen hat auf die Bedeutsamkeit des sozialen Umfelds hingewiesen. So stehen die vorherrschenden rechten Einstellungen der Eltern, Klassenlehrkraft und beste*r Freunde*in in einem starken Zusammenhang mit rechten Einstellungsmustern und diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen. Aus diesen Erkenntnissen kann ebenso gefolgert werden, dass Jugendliche weniger rechte Einstellungen teilen bzw. sich weniger diskriminierend verhalten, wenn das soziale Umfeld der Jugendlichen rechten Einstellungen ebenfalls weniger zustimmt. Gleichzeitig zeigen uns die Ergebnisse der Schülerbefragung, dass die Reaktion der Eltern in Folge der Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise nur in ca. der Hälfte der Fälle negativ ausfällt. Unter Freunden ist die Reaktion nur in 11,8 % negativ; unter Lehrkräften in 74,1 % der Fälle. Darüber hinaus ist der Anteil der Fälle, in denen sich Personen des sozialen Umfelds nicht zu den Vorfällen äußern, ebenfalls sehr hoch. Während Eltern sich in über einem

Viertel der Fälle nicht äußern, liegt dieser Anteil bei Lehrkräften bei ca. einem Fünftel; bei Freunden bei der Hälfte. Ebenso folgt nur in 3,7 % der diskriminierenden Vorfälle eine Strafe von der Schule oder einem Gericht. Da das soziale Umfeld jedoch in so einem bedeutsamen Zusammenhang mit Rechtsextremismus steht, ist deutlicher Widerstand gegen diskriminierende Taten und der Äußerung rechtsextremer Einstellungen als sehr wichtig zu erachten. Personen, die beispielsweise von Diskriminierung im sozialen Umfeld erfahren, mit Ressentiments gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen in Berührung kommen oder auch auf rechtsextreme Äußerungen aufmerksam werden, sollten diese bei der betreffenden Person ansprechen und versuchen einen Dialog über die Hintergründe dieser Einstellungen und Verhaltensweisen zu starten. Dadurch soll erzielt werden, die Jugendlichen zu einer Reflexion ihrer eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen zu bewegen. Hingewiesen werden soll dabei auf die Wichtigkeit von individuellen Hilfen und Maßnahmen, da diese direkt bei der betroffenen Person ansetzen, weniger Abstraktionsfähigkeit als in beispielsweise genereller Projektarbeit erfordern und die jeweilige Person in ihren Haltungen und Befürchtungen ernst nimmt (Maresch und Bliesener 2015). Der Vergleich der Befragungen 2013/2014 mit der Befragung 2018 liefert jedoch schon erste Hinweise darauf, dass es Tendenzen zu mehr Widerstand gegenüber Rechtsextremismus zu geben scheint: Während sich im Jahr 2018 mehr Jugendliche in Projekten für Vielfalt und Toleranz in der Nachbarschaft einsetzen als noch im Jahr 2014, haben Jugendliche im Jahr 2018 ebenso weniger Angst davor, sich zu wehren, wenn sie von Rechten beschimpft werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 2

Diskriminierung aufgrund von Gruppenzugehörigkeit reduzieren

Das Ziel der Verringerung rechter Einstellungen in Deutschland stellt zum einen Selbstzweck dar, damit alle Gesellschaftsmitglieder in einem toleranten und vielfältigen Land leben können, sich alle Gesellschaftsmitglieder an einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientieren können und auf eine starke Zivilgesellschaft bauen können. Zum anderen weisen bivariate Analysen der Schülerbefragung darauf hin, dass die Übernahme rechter Einstellungen im Allgemeinen und gruppenbezogener Vorurteile im Speziellen in einem starken Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen steht. Jugendliche, die ausländerfeindliche

Einstellungen teilen und Menschen mit Behinderungen, obdachlose und homosexuelle Personen abwerten, führen deutlich häufiger ebenfalls diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber diesen Personen aus. Die Übernahme eines rechtsextremen Weltbilds steht ebenso in engem Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen. Diese Erkenntnis macht deutlich, wie wichtig es ist, schon bei der Übernahme von Vorurteilen einzugreifen, um die Diskriminierung aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten zu reduzieren. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die Ausprägung der Vorurteile konstitutiv für die Ausführung der diskriminierenden Verhaltensweisen ist, wobei an dieser Stelle jedoch weitere Analysen notwendig sind. Bei der Schülerbefragung handelt es sich um eine Querschnittsbefragung, weshalb keine Kausalzusammenhänge berichtet werden können und nur Vermutungen über Ursache-Wirkungszusammenhänge aufgestellt werden können.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 3

Phänomenbezogene Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus fördern

Die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen, dass die Übernahme rechter Einstellungen und die Ausführung diskriminierender Verhaltensweisen an Gemeinschaftsschulen ein stärkeres Problem darstellt als an Gymnasien. Niedrige Schultypen sind damit stärker betroffen als höhere Schultypen. Ein vielversprechender Ansatz sind dementsprechend phänomenbezogene und schulorientierte Präventionsansätze. Die Schule stellt neben den Peers, der Familie und Medien eine der bedeutsamsten Sozialisationsinstanzen der Jugendlichen bei der Formierung von politischen Einstellungen dar (Hofmann und Siebertz-Reckzeh 2008). Es werden in Deutschland zwar schon einige schulbasierte Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sowohl auf Bundes- als auch Landesebene durchgeführt (für einen Überblick siehe z. B. Möller 2014), jedoch gibt es hinsichtlich der Programmdissemination sowie der Wirksamkeitsüberprüfung dieser Programme nach wissenschaftlichen Standards noch Nachholbedarf (Kliem et al. 2018). Innerhalb der Einzelprojekte gibt es keine Verpflichtung zur Evaluation und insgesamt nur geringe Investitionen in eine systematische Programmevaluation. Darüber hinaus sollten Schulen, die aufgrund diverser Problemkonstellationen ein besonders hohes Risikopotential für Rechtsextremismus aufweisen, durch personelle und monetäre Ausstattung deutlich und nachhaltig gefördert werden (Kliem et al. 2018).

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 4

Die Ausbildung von Toleranz und politische Bildung stärken

Aufgrund der unterschiedlich hohen Ausprägung an rechten Einstellungen und diskriminierenden Verhaltensweisen von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien muss ebenso auf die Bedeutsamkeit der politischen Bildung hingewiesen werden. Studien zeigen, dass geringes politisches Wissen, z. B. über die Grundwerte und Funktionen von Demokratien in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen (Krieg et al. 2018; Kuhn und Buhl 2011; Westle 2012; Watermann 2003). Die Schule ist der Ort, der die Schüler*innen dabei fördert, sich zu mündigen und aufgeklärten Bürgern und Bürgerinnen zu entwickeln sowie den Wert einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und einer gesunden Zivilgesellschaft zu schätzen wissen. Um Jugendliche vor der Übernahme demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen zu schützen, sollte daher die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Fragen und die Herausarbeitung der Bedeutung von Freiheit im Schulunterricht nicht vernachlässigt werden (Kliem et al. 2018). Da rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen jedoch auch auf Gymnasien keine Ausnahme darstellen, müssen dabei Jugendliche aller Bildungsschichten erreicht werden und ihnen eine demokratische, tolerante und weltoffene Haltung vorgelebt werden, da diese vor der Herausbildung rechter Einstellungen schützen können.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 5

Die regionale Ebene nicht außer Acht lassen

Eine weitere Erkenntnis aus der Schülerbefragung ist die unterschiedliche Ausprägung rechter Einstellungen zwischen den Landgerichtsbezirken Schleswig-Holsteins. Dem geschlossenen rechtsextremen Weltbild stimmen im Landgerichtsbezirk Flensburg deutlich mehr Jugendliche zu als in den übrigen Landgerichtsbezirken. Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es der Landgerichtsbezirk Flensburg, dessen Schüler*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen. Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz der rechten Einstellungen liegt je nach Dimension in den Landgerichtsbezirken Lübeck oder Kiel. Als Handlungsempfehlung soll daher auf die besondere Wichtigkeit von Präventionsmaßnahmen im Landgerichtsbezirk Flensburg (und LGB Itzehoe) hingewiesen werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 6

Empathiefähigkeit und soziale Perspektivenübernahme stärken

Die multivariaten Befunde haben zudem deutlich gemacht, dass Faktoren, die in der Persönlichkeitsstruktur der Jugendlichen zu lokalisieren sind, ein entscheidender Erklärungsbeitrag hinsichtlich rechter Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen beizumessen sind. Darunter sind auch Faktoren, die grundsätzlich modifizierbar und damit im Rahmen von Präventions- und Interventionsanstrengungen direkt adressierbar sind. Dazu zählt die Empathiefähigkeit der Jugendlichen. Unsere Ergebnisse haben gezeigt, dass Jugendliche, die eine höhere Empathiefähigkeit aufweisen, signifikant seltener ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen vertreten und sozialdarwinistischen Aussagen sowie Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus weniger stark zustimmen. Auch vertreten Jugendliche mit höherer Empathiefähigkeit seltener ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und zeigen weniger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber sozialen Gruppen (obdachlose Personen, Menschen mit Behinderung und homosexuelle Personen). Um die Empathiefähigkeit und die soziale Perspektivenübernahme zu stärken, bieten sich zum einen Empathietrainingsprogramme im Schulkontext an, deren Wirksamkeit in verschiedenen Evaluationsstudien bereits bestätigt werden konnte, darunter auch bei jüngeren Altersgruppen (z. B. Feshbach 1979; Beelmann 2007; Durlak et al. 2011). Diese Interventionsprogramme und Trainings finden i. d. R. in der Gleichaltrigengruppe mithilfe von Rollenspielen statt und können in Schulen implementiert werden (z. B. Schick und Cierpka 2008; Greenberg und Kusché 2006; Beelmann 2018).

Eine weitere Präventionsmaßnahme setzt im näheren sozialen Umfeld der Jugendlichen an. Insbesondere das elterliche Erziehungsverhalten ist von herausragender Bedeutung für die spätere Empathiefähigkeit und Prosozialität von Kindern und Jugendlichen. Die Familie stellt einen primären Sozialisationskontext dar, in dem prosoziales Verhalten gefördert und antisoziales Verhalten entgegengewirkt werden kann. Im Einklang mit sozialisationstheoretischen Annahmen sind Eltern wichtig, um prosoziales Verhalten ihrer Kinder zu fördern (Zimmermann 2006). Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass eine unterstützende Eltern-Kind-Beziehung, die durch positive Affekte gekennzeichnet ist, vorteilhaft für die prosoziale Entwicklung von Kindern ist (z.B. Malti et al. 2013; Grusec und Hastings 2015). Im Speziellen ist hier vor allem elterliche Wärme von Bedeutung. Diese beeinflusst prosoziales Verhalten auf verschiedene Weisen: Erstens fungieren Eltern, die ihren Kindern emotionale Wärme entgegenbringen, als Verhaltensvorbilder (Grusec und Hastings 2015). Zweitens kann die Erfahrung von elterlicher Wärme das Gefühl von Zugehörigkeit und Verbunden-

heit mit anderen stärken, indem das Gefühl von Sicherheit, Vertrauen und Schutz gefördert wird (Zimmermann 2006; Pinquart 2018). Darüber hinaus ermöglicht ein warmes und unterstützendes Erziehungsverhalten es Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen und die Gefühle und Bedürfnisse anderer zu verstehen und ihre Gefühle zu regulieren (Malti et al. 2013). Mit Blick auf diese Befunde erscheint es auf lerntheoretischer Basis sinnvoll, auch elterliche Trainingsmaßnahmen vor allem in Risikofamilien zu implementieren. Solche "Parenting Programs" sind v.a. in den USA erprobt worden und zielen auf eine verbesserte Information der Eltern über kindliches Problemverhalten und eine Modifikation des Erziehungsstils, um die Eltern-Kind-Interaktion günstig zu beeinflussen bzw. den Aufbau prosozialen Verhaltens der Kinder zu fördern (z. B. Patterson et al. 1982).

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 7

Aggressivität und Gewaltbereitschaft senken und Selbstkontrolle stärken

Als weiterer individueller Risikofaktor, der im Rahmen von Präventions- und Interventionsanstrengungen direkt adressierbar ist, hat sich die Feindseligkeit/Aggressivität der Jugendlichen herausgestellt. Auch dieser leistete einen wichtigen Erklärungsbeitrag hinsichtlich rechter Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen. Eine höhere Feindseligkeits-/Aggressivitätsneigung hat sich in der vorliegenden Befragung als bedeutsamer potentieller Risikofaktor für diskriminierendes Verhalten gegenüber Ausländer*innen erwiesen. Bereits in der Vorgängerbefragung hat sich die Gewaltbereitschaft als einer der stärksten Korrelate für rechtsextreme Einstellungen herausgestellt. Aus diesem Grunde erscheinen Präventions- und Interventionsanstrengungen, die eine Verringerung feindseliger und aggressiver Tendenzen und Gewaltbereitschaft zum Ziel haben, als lohnenswert. Hier ist vor allem eine sog. resilienzorientierte Prävention von Bedeutung, die Jugendliche mit besonderer Risikobelastung für die Entwicklung antisozialen Verhaltens mit individuellen und sozialen Schutzfaktoren und Ressourcen ausstatten (vgl. Bliesener 2018). Grundsätzlich bieten Aggressionstrainings eine Möglichkeit, aggressives Verhalten im Kontext rechtsextremistischer Orientierungen einzudämmen. Die Wirksamkeit von Aggressionstrainings an sich wurde zumindest bei Gewalttäterinnen und Gewalttätern in mehreren Evaluationsstudien bestätigt (Schanzenbächer 2003). Solche Trainings lassen sich prinzipiell auch im Hinblick auf die Arbeit mit potentiell rechtsextrem orientierten Jugendlichen ausweiten.

Aggressionstrainings sind zudem grundsätzlich im Schulkontext implementierbar und können durch ihre hohe Erreichbarkeit sowohl primärpräventiv (durch die Schaffung von Voraussetzungen, unter denen ein Problemverhalten gar nicht erst auftritt), sekundärpräventiv (durch die frühzeitige und anhaltende Reduktion bereits eingetretener problematischer Verhaltensweisen) und tertiärpräventiv (durch die Begrenzung von Problemverhalten, von dem angenommen wird, dass es nicht mehr vollständig reversibel ist) wirken. Soziale Trainingsprogramme, deren Schwerpunkt auf der Arbeit mit aggressiven und verhaltensauffälligen Schüler*innen liegt und auch im Rahmen des Unterrichts durchgeführt werden können, sind beispielsweise die präventiven und therapeutischen Programme der Petermann-Gruppe oder das „EFFEKT“-Training (Lösel et al. 2006; Jausch et al. 2012). Ziel beider Programme ist u.a. das Erlernen von effektiven Problemlösestrategien, die Stärkung der Selbstkontrolle oder ein Verständnis für die sozial-kognitiven Informationsprozesse der Rezipient*innen. Weitere Informationen hierzu sind Beelmann und Raabe (2007) zu entnehmen (vgl. Bliesener 2018). Wie außerdem gezeigt werden konnte, steht eine niedrige Selbstkontrolle in einem engen Zusammenhang mit der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und sozialdarwinistischen Einstellungen. Laut Gottfredson und Hirschi (1990) allgemeiner Kriminalitätstheorie wird Selbstkontrolle im Rahmen der primären Sozialisation entwickelt. Eine niedrige Selbstkontrolle ist nach Gottfredson und Hirschi das Resultat der Weitergabe von Selbstkontrolle, vermittelt über die Unfähigkeit von delinquenten und gewalttätigen Eltern, eine adäquate Erziehung sicherzustellen. Zur Stärkung der Selbstkontrollfähigkeit ist daher auch hier wieder die Schaffung von adäquaten Erziehungsmodellen in der Familie von besonderer Bedeutung.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 8

Sensibilisierung für aktuelle politische Entwicklungen stärken

In Zusammenhang mit der Forderung nach bildungstypspezifischer Aufklärungs- und Präventionsarbeit sollte auch die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Ereignissen und vermeintlich einfachen politischen Lösungsstrategien gefördert werden. In Anbetracht des empirischen Befunds, dass sich Jugendliche in Schleswig-Holstein zudem anfällig für neurechte Einstellungsmuster gezeigt haben, die unter Verzicht auf eine offene Identifizierung mit rechtsextremistischen Orientierungen über die Begriffe "Identität" und "Widerstand" eine nationalistisch-völkische Ideologie transportieren, ist eine weitere Handlungsempfehlung die Sensibilisierung der Schüler*innen für politische Inhalte und Manipulationstechniken. Gerade weil Jugendliche in ihrer politischen Meinung noch nicht gefestigt und daher in höherem

Maße durch äußere Akteure bzw. der Wahrnehmung des öffentlichen Diskurses beeinflussbar sind, sollte ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit auf die politische Bildung in Bezug auf neue Phänomene und politische Entwicklungen gelegt werden. Erfolgen könnte dies etwa durch Informationsgespräche und Diskussionsrunden im Rahmen des fachverwandten Schulunterrichts. Ein vollständigeres Wissen über politische Entwicklungen erlaubt es Jugendlichen, aktuelle soziale und politische Bewegungen besser einordnen zu können und so mitunter auch der Gefahr einer Ausbildung eines rechtsextremen Weltbildes vorzubeugen. Wie im Vorgängerbericht bereits festgehalten wurde, sollten im Rahmen der Primärprävention Kinder und Jugendliche aus allen Bildungsschichten in ihrer demokratischen, weltoffenen Haltung gestärkt werden, sodass tolerante Wertevorstellungen aufgebaut werden können, die einem Glauben an Ungleichwertigkeitsvorstellungen und autoritären Machtstrukturen entgegenstehen (Maresch und Bliesener 2015). Wie Baer (2014) anmerkt, gehört dazu auch die Ausbildung einer Anerkennungskultur und einer individuellen Integrationsfähigkeit.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 9

Kritische Reflexion und Abwendung von Verschwörungstheorien stärken

Die Analyse der aktuellen Phänomene hat aufgezeigt, dass unter den Jugendlichen in Schleswig-Holstein durchaus eine Tendenz zum Glauben an Verschwörungstheorien vorhanden ist. Auch in der erwachsenen Allgemeinbevölkerung ist der Glaube an Verschwörungstheorien keine Randerscheinung. Insbesondere aufgrund des Zusammenhangs der Verschwörungsmentalität mit der Ausbildung eines rechtsextremen Weltbilds sowie der Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise sollte der Verbreitung von verschwörungstheoretischen Inhalten besondere Beachtung geschenkt werden. Um ideologiegeprägte Persönlichkeitsmerkmale in Richtung einer Verschwörungsmentalität sowie einem generalisierten Misstrauen gegenüber Machtstrukturen vorzubeugen, bieten sich Aufklärungskampagnen an. Aus der Praxis gibt es aktuell noch recht wenige Ideen und Projekte, wie Verschwörungsdenken und ihren z. T. menschenfeindlichen Inhalten gesellschaftlich effektiv begegnet werden kann (Lamberty 2017). Ein erster Ansatz aus der pädagogischen Praxis für den Bereich Prävention findet sich beim Berliner Träger KlgA e. V., der sich an Schüler*innen der Sekundarstufe II richtet. Dieser bietet einen Workshop zum Thema Verschwörungstheorien an und versucht, die Schüler*innen für das Thema stärker zu sensibilisieren. Darüber hinaus

finden sich international Projekte, die einzelne Komponenten in den Blick nehmen. Beispielsweise soll der Online-Kurs Making Sense of Climate Science Denial Teilnehmende dazu befähigen, auf Argumente von Skeptiker*innen des Klimawandels besser eingehen zu können und mit Fehlinformationen besser umzugehen. In diesem Zusammenhang macht die Organisation „Der goldene Aluhut“, eine gemeinnützige Initiative gegen Verschwörungsmentalität, über ihre Internetseite auf das Problem der Verschwörungstheorien und Fake News aufmerksam (www.dergoldenealuhut.de). Speziell besteht die Arbeit der Organisation aus der Veranstaltung von Workshops zur Erkennung und Entlarvung von Verschwörungstheorien, aus der Herausgabe von Informationsmaterial (z. B. Broschüren), aus dem Informieren von Interessierten über verschwörungsideologische Inhalte und aus der Beratung und Unterstützung von Angehörigen von Verschwörungstheoretiker*innen, Sektenmitgliedern und Mitgliedern diverser anderer extremistischer Strukturen. Diese Inhalte könnten zur Stärkung des kritischen und analytischen Denkens unter Schüler*innen auch im Schulunterricht behandelt und diskutiert werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 10

Interethnischen Kontakt fördern

Obleich unter Kontrolle weiterer potentieller Risikofaktoren der Faktor des interethnischen Kontakts keinen eigenen Erklärungsbeitrag für rechte Einstellungen und diskriminierende Verhaltensweisen leisten konnte, konnte gezeigt werden, dass im Jahr 2018 muslimfeindliche und demokratieablehnende sowie im begrenzten Maße auch ausländergefeindliche Einstellungen häufiger geteilt werden als noch im Jahr 2013/2014. Die Möglichkeit des interethnischen Kontakts und interkulturellen Austauschs sollte damit gestärkt werden, um wirksam Rechtsextremismus vorzubeugen. Wie die Untersuchung der Vorjahre zeigt, ist die Qualität dieses Kontakts von entscheidender Bedeutung. Diejenigen, die über freiwillige und enge bzw. vertraute Kontakte zu Menschen anderer Ethnien verfügen, zeigten signifikant weniger rechts-extreme Einstellungen als Schüler*innen ohne Kontakt zu Angehörigen anderer Ethnien. Bei lediglich losem und unfreiwilligem Kontakt zeigten sich diese Unterschiede hingegen nicht. Im vorliegenden Bericht wurde interethnischer Kontakt darüber gemessen, wie viele Personen ausländischer Herkunft sich im persönlichen Umkreis der befragten Jugendlichen befinden (Nachbarschaft, Schulklasse, Freundeskreis und Freizeitgruppe bzw. Schul-AG oder Verein). Dieses Maß hat sich als protektiv für die Zustimmung zu ausländergefeindlichen Aussagen erwiesen und demonstriert erneut die Bedeutsamkeit interethnischer Beziehungen. Eine Meta-Analyse zur Effektivität von

direkten und indirekten kontaktbasierten Interventionen zeigt, dass diese ethnische Einstellungen auch langfristig positiv beeinflussen können (Lemmer und Wagner 2015). Studien zeigen weiterhin, dass der Zusammenhang zwischen intergruppalen Kontakt und Vorurteilen durch vergrößertes Wissen über die betreffende Outgroup, reduzierte Angst vor Gruppenkontakt und eine vergrößerte Empathie und Perspektivenübernahme vermittelt wird (Pettigrew und Tropp 2008).

HANDLUNGSEMPFEHLUNG 11

Antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegenwirken

Sowohl die Vorgängeruntersuchungen als auch die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass antisemitische Einstellungen und Äußerungen unter den Jugendlichen in Schleswig-Holstein relativ stark verbreitet sind. Im Landgerichtsbezirk Itzehoe ist über die letzten zwei Jahre außerdem eine Zunahme von antisemitischen Einstellungen festzustellen. Bereits die Vorgängerberichte weisen auf die Bedeutsamkeit der Prävention spezifischer Formen rechtsextremer Einstellungen hin (Bliesener und Maresch 2016; Maresch und Bliesener 2015). Um einer möglicherweise weiterhin wachsenden Ablehnung von Jüdinnen und Juden entgegenzuwirken, ist bereits eine Reihe von Projekten ins Leben gerufen worden, darunter das Projekt „Rent-a-Jew“ des Jüdischen Medienforums (EJKA e. V., vgl. auch Maresch und Bliesener 2015). Hierbei handelt es sich um eine Initiative, die ehrenamtlich gegründet wurde und durch die Vermittlung von jüdischen Referentinnen und Referenten die persönliche Begegnung und den Austausch mit jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen ermöglicht, um Vorurteilen entgegenzuwirken und den interkulturellen Austausch zu fördern (www.rentajew.org). Derartige Programme sollten weiterhin gefördert werden, um Vorurteile abzubauen und den gemeinsamen Kontakt über religiöse und ethnische Grenzen hinweg zu stärken.

7. Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W.; Frenkel-Brunswik, E.; Levinson, D. J.; Sanford, R. N. (1967): *The authoritarian personality*. Abridged ed. New York: Wiley & Sons.
- Allport, G. (1954): *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Altemeyer, B. (1988): *Enemies of freedom. Understanding right wing authoritarianism*. 1. ed. San Francisco: Jossey-Bass (Jossey-Bass public administration series).
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2000): *Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption*. In: R. Anhut und W. Heitmeyer (Hg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*, S. 17-75.
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2008): *Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption*. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): *Integration - Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-148.
- Bäckström, M.; Björklund, F. (2007): *Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy*. In: *Journal of Individual Differences* 28 (1), S. 10-17.
- Baer, S. (2014): *Pädagogische Zugänge in der Rechtsextremismusprävention und Intervention - Entwicklungen und Standards in Deutschland und Europa*. In: Silke Baer, Kurt Möller und Peer Wiechmann (Hg.): *Verantwortlich Handeln. Praxis der sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen*. Opladen: Budrich, S. 47-66.
- Baier, D.; Boehnke, K. (2008): *Jugendliche und politischer Extremismus*. In: R. K. Silbereisen und M. Hasselhorn (Hg.): *Entwicklungspsychologie des Jugendalters*. Göttingen: Hogrefe, S. 807-834.
- Baier, D.; Manzoni, P.; Bergmann, M. C. (2016): *Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter - Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich*. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 99 (3), S. 1-26.
- Baier, D.; Pfeiffer, C.; Rabold, S.; Simonson, J.; Kappes, C. (2010): *Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN*. Hannover: KFN.
- Beelmann, A. (2007): *Förderung von Erziehungskompetenzen bei Eltern: Konzeption und Beschreibung eines Elterntrainings zur Prävention von Verhaltensstörungen bei Vor- und Grundschulkindern*. In: Bernd Röhrle (Hg.): *Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen*. Tübingen: DGTV-Verlag (Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung, 16), S. 277-294.
- Beelmann, A. (2015): *Prävention von (rechts-)extremistischer Gewalt*. In: W. Melzer, D. Hermann, Uwe Sandfuchs, Mechthild Schäfer, Wilfried Schubarth und Peter Daschner (Hg.): *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (utb-studi-e-book, 8580), S. 467-473.

- Beelmann, A. (2018): Entwicklungsorientierte Kriminalprävention: Wissenschaftliche Fundierung und Ergebnisse der Evaluation. In: Maria Walsh, Benjamin Pniewski, Marcus Kober und Andreas Armbrorst (Hg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis. Wiesbaden: Springer, S. 387-406.
- Beelmann, A.; Jahnke, S.; Neudecker, C. (2018): Radikalisierung Jugendlicher und Extremismusprävention. In: Andreas Beelmann (Hg.): Toleranz und Radikalisierung in Zeiten sozialer Diversität. Beiträge aus Psychologie und Sozialwissenschaften. Schwalbach/Ts.: Wochenschau (Wochenschau Wissenschaft), S. 90-106.
- Beelmann, A.; Raabe, T. (2007): Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention. Göttingen: Hogrefe (Klinische Kinderpsychologie, 10). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-8017-2041-4>.
- Best, H.; Dwars, D.; Salheiser, A.; Salomo, K. (2013): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“. Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2013. Hg. v. Thüringer Landtag. Erfurt.
- Binder, J.; Zagefka, H.; Brown, R.; Funke, F.; Kessler, T.; Mummendey, A. et al. (2009): Does contact reduce prejudice or does prejudice reduce contact? A longitudinal test of the contact hypothesis among majority and minority groups in three European countries. In: Journal of personality and social psychology 96 (4), S. 843-856. DOI: 10.1037/a0013470.
- Björgo, T. (2002): Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten. In: W. Heitmeyer und John Hagan (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 981-999.
- Bliesener, T. (2018): Resilienz. Schutzfaktoren für delinquentes Handeln. In: D. Hermann und A. Pöge (Hg.): Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 263-276.
- Bliesener, T.; Maresch, P. (2016): Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Zusammenfassender Bericht. Hg. v. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Psychologie.
- Boehnke, K.; Welzel, Christian (2006): Wertetransmission Und Wertewandel: Eine Explorative Drei-Generationen-Studie (Value Transmission and Value Change: An Exploratory Three-Generation Study). In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 26 (4), S. 341-360.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen.
- Burton, V. [JR.].S.; Cullen, F. T.; Evans, T. D.; Alarid, L. F.; Dunaway, R. G. (1998): Gender, Self-Control, and Crime. In: Journal of Research in Crime and Delinquency 35 (2), S. 123-147.
- Butterwegge, C.; Meier, L. (2002): Rechtsextremismus. Orig.-Ausg. Freiburg im Breisgau: Herder (Herder-Spektrum, 5229).

- Decker, O.; Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. [korrigierte Ausg., electronic ed.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Decker, O.; Brähler, E. (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Decker, O.; Brähler, E. (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. 2. Aufl. Bonn: Dietz.
- Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014.
- Dovidio, John F.; Eller, Anja; Hewstone, Miles (2011): Improving intergroup relations through direct, extended and other forms of indirect contact. In: *Group Processes & Intergroup Relations* 14 (2), S. 147-160. DOI: 10.1177/1368430210390555.
- Durlak, Joseph A.; Weissberg, Roger P.; Dymnicki, Allison B.; Taylor, Rebecca D.; Schellinger, Kriston B. (2011): The Impact of Enhancing Students' Social and Emotional Learning: A Meta-Analysis of School-Based Universal Interventions. In: *Child Development* 82 (1), S. 405-432. DOI: 10.1111/j.1467-8624.2010.01564.x.
- Eckert, R.; Willems, H.; Würtz, S. (1996): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Jürgen W. Falter, H.G. Jaschke und J. R. Winkler (Hg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift, 27), S. 152-167.
- Feshbach, N. D. (1979): Empathy training: A field study in affective education. In: S. Feshbach und A. Fraczek (Hg.): *Aggression and behavior change: Biological and social processes*. New York: Praeger, S. 234-249.
- Frindte, W.; Geschke, D.; Haußecker, N. (2014): Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. 27. Jahrestagung des Forums Friedenspsychologie, Jena, 19.-22. Juni 2014.
- Frindte, W.; Zachariae, S. (2005): Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung als Prädiktoren für fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile. In: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 13 (1-2), S. 83-111.
- Gehrke, M. (2017): Antimuslimischer Rassismus: Ein neues «Phänomen»? Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, No. 2017-02. Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.6104/DBsF-2017-02>.
- Gershoff, E. T.; Grogan-Kaylor, A. (2016): Spanking and child outcomes: Old controversies and new meta-analyses. In: *Journal of family psychology : JFP : journal of the Division of Family Psychology of the American Psychological Association (Division 43)* 30 (4), S. 453-469. DOI: 10.1037/fam0000191.

- Gottfredson, M. R.; Hirschi, T. (1990): A general theory of crime. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Pr.
- Greenberg, M.; Kusché, C. (2006): Building social and emotional competence: The PATHS curriculum. In: S. J. Jimerson und M.I J. Furlong (Hg.): The handbook of school violence and school safety: From research to practice. Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 395-412.
- Grusec, J. E.; Hastings, P. D. (2015): Handbook of Socialization. New York: Guilford Press.
- Hadjar, A. (2004): Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hadjar, A. (2005): Hierarchisches Selbstinteresse und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. In: Gruppendynamik 36 (1), S. 103-126. DOI: 10.1007/s11612-005-0116-z.
- Hafez, Kai; Schmidt, Sabrina (2015): Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. 2. Auflage. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Religionsmonitor - verstehen was verbindet).
- Havighurst, R. J. (1972): Developmental task and education. New York: Davis McKay.
- Heitmeyer, W. (1992): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. 4. Aufl. Weinheim, München: Juventa.
- Heitmeyer, W. (1995): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 5. Aufl. Weinheim: Juventa (Jugendforschung).
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.
- Heyder, A.; Gaßner, A. (2012): Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 41 (3), S. 277-298.
- Hofmann, Hubert; Karin, Siebertz-Reckzeh (2008): Sozialisationsinstanz Schule: Zwischen Erziehungsauftrag und Wissensvermittlung. In: M. K. W. Schweer (Hg.): Lehrer-Schüler-Interaktion. Inhaltsfelder, Forschungsperspektiven und methodische Zugänge. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Schule und Gesellschaft, 24), S. 13-38. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-531-91104-5_1.
- Hohnstein, S.; Greuel, F. (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Online verfügbar unter www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf, zuletzt geprüft am 13.03.2019.
- Imbusch, P.; Heitmeyer, W. (2012a): Dynamiken gesellschaftlicher Integration und Desintegration. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: Springer, S. 9-25.

- Imbusch, P.; Heitmeyer, W. (2012b): Krisenzeiten - Desintegrationsdynamiken sozialer Konflikte. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: Springer, S. 319-339.
- Jaschke, H.-G. (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jaurisch, S.; Lösel, F.; Stemmler, M.; Beelmann, A. (2012): Elterntrainings zur Prävention dissozialen Verhaltens. In: Forens Psychiatr Psychol Kriminol 6 (2), S. 94-101. DOI: 10.1007/s11757-012-0158-3.
- Kliem, S.; Krieg, Y.; Kudlacek, D.; Baier, D.; Bergmann, M. C. (2018): Zur Prävalenz rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung aus Niedersachsen. In: O. Decker und E. Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 241-255.
- Kofta, M.; Sedek, G. (2005): *Conspiracy Stereotypes of Jews During Systemic Transformation in Poland*. In: International Journal of Sociology 35 (1), S. 40-64. DOI: 10.1080/00207659.2005.11043142.
- Köllisch, T.; Oberwittler, D. (2004): Wie ehrlich berichten männliche Jugendliche über ihr delinquentes Verhalten? Ergebnisse einer externen Validierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, S. 708-735.
- Krieg, Y.; Beckmann, L.; Bergmann, M. C. (2018): Politisches Wissen und rechtsextreme Einstellungen unter niedersächsischen Jugendlichen. Ergebnisse einer Schülerbefragung. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 29 (3), S. 198-203.
- Krieg, Y.; Beckmann, L.; Kliem, S. (2019). Fortschreibung der Regionalanalysen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Hannover: KFN.
- Krüger, C. (2008): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter. Mönchengladbach: Forum-Verlag.
- Kuhn, H. P.; Buhl, M. (2011): Schulische Bedingungen der Entwicklung von politischem Wissen und demokratischen Einstellungen. In: L. Ludwig, H. Luckas, F. Hamburger und S. Aufenanger (Hg.): Bildung in der Demokratie II. Tendenzen - Diskurse - Praktiken. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 261-275.
- Küpper, B.; Zick, A. (2007): Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In: W. Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 116-134.
- Küpper, B.; Zick, A. (2011): Geschlecht und Vorurteile. Eine empirische Analyse. In: U. Birsl (Hg.): Rechtsextremismus und Geschlecht. Opladen: Barbara Budrich, S. 187-210.
- Lamberty, Pia (2017): Don't trust anyone: Verschwörungsdenken als Radikalisierungsbeschleuniger? In: Journal Exit-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur 5 (0), S. 80. Online verfügbar unter <http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/download/72/196>.

- Langer, Wolfgang (2017): How to assess the fit of multilevel logit models with Stata? (Stata Users Group).
- Lemmer, Gunnar; Wagner, Ulrich (2015): Can we really reduce ethnic prejudice outside the lab? A meta-analysis of direct and indirect contact interventions. In: *European Journal of Social Psychology* 45 (2), S. 152-168. DOI: 10.1002/ejsp.2079.
- Logvinov, M. (2017): *Rechtsextreme Gewalt. Erklärungsansätze - Befunde - Kritik*. Wiesbaden: Springer.
- Lösel, F.; Beelmann, A.; Stemmler, M.; Jaurusch, S. (2006): Prävention von Problemen des Sozialverhaltens im Vorschulalter: Evaluation des Eltern-und Kindertrainings EFFEKT. In: *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie* 35, S. 127-139.
- Malti, T.; Eisenberg, N.; Kim, H.; Buchmann, M. (2013): Developmental Trajectories of Sympathy, Moral Emotion Attributions, and Moral Reasoning: The Role of Parental Support. In: *Social Development* 23 (6), n/a-n/a. DOI: 10.1111/sode.12031.
- Maresch, P.; Bliesener, T. (2015): *Regionalanalysen zu Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein Abschlussbericht*. Oktober 2015.
- Maresch, P.; Gansewig, A.; Bliesener, T. (2013): *Bedarfsanalyse für die Arbeit eines regionalen Demokratiezentrum in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck*. Abschlussbericht November 2013. Kiel. Online verfügbar unter www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/bedarfsberichtLauenburgStormarnLuebeck.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 13.03.2019.
- Möller, K. (2014): Programme gegen Rechtsextremismus - zwischen Projektitis und Nachhaltigkeit. In: W. Schubarth (Hg.): *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus*. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, S. 201-228.
- Patterson, G. R.; Chamberlain, P.; Reid, J. B. (1982): A comparative evaluation of a parent-training program. In: *Behavior Therapy* 13 (5), S. 638-650. DOI: 10.1016/S0005-7894(82)80021-X.
- Pauwels, L.J.R.; Heylen, B. (2017): Perceived group threat, perceived injustice and self-reported right-wing violence. An integrative approach to the explanation right-wing violence. In: *Journal of Interpersonal Violence* 32.
- Pettigrew, T. F. (1998): Intergroup contact theory. In: *Annual review of psychology* 49, S. 65-85. DOI: 10.1146/annurev.psych.49.1.65.
- Pettigrew, T. F.; Tropp, L. R. (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. In: *Journal of personality and social psychology* 90 (5), S. 751-783. DOI: 10.1037/0022-3514.90.5.751.
- Pettigrew, T. F.; Tropp, L. R. (2008): How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. In: *European Journal of Social Psychology* 38 (6), S. 922-934.
- Pinquart, M. (2018): Elternverhalten als Schutzfaktor gegen aggressives und oppositionelles Verhalten der Kinder? In: *Kindheit und Entwicklung* 27 (2), S. 71-80. DOI: 10.1026/0942-5403/a000247.

- Pratt, T. C.; Cullen, F. T. (2000): The empirical status of Gottfredson and Hirschi's general theory of crime: A meta-analysis. In: *Criminology* 38, S. 931-964.
- Raithel, J.; Mansel, J. (2003): Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher. In: J. Raithel und J. Mansel (Hg.): *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich*. Weinheim: Juventa, S. 25-40.
- Rippl, S. (2004): Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. In: *ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 24 (1), S. 17-32. Online verfügbar unter www.pedocs.de/volltexte/2012/5682/pdf/ZSE_2004_1_Rippl_Eltern_Kind_Transmission_D_A.pdf.
- Rippl, S. (2005): Fremdenfeindlichkeit - ein Problem der Jugend? Eine vergleichende Untersuchung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 25, S. 362-380.
- Rippl, S. (2008): Politische Sozialisation. In: K. Hurrelmann, M. Grundmann und S. & Walper (Hg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim: Beltz, S. 443-457.
- Rippl, S.; Baier, D. (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: *Koelner Z.Soziol.u.Soz.Psychol* 57 (4), S. 644-666. DOI: 10.1007/s11577-005-0219-0.
- Rippl, S.; Baier, D.; Kindervater, A.; Boehnke, K. (2005): Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Die Rolle von Bedrohungsgefühlen im Kontext situativer und dispositioneller Faktoren. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34 (4), S. 288-310.
- Schanzenbächer, S. (2003): Lohnt sich die Behandlung von Gewalttätern? Eine Wirkungsstudie zum 'Anti-Aggressivitäts-Training'. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 26 (2), S. 213-226. Online verfügbar unter www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/3802/1/ssoar-sub-2003-2-schanzenbacher-lohnt_sich_die_behandlung_von.pdf.
- Schick, Andreas; Cierpka, Manfred (2008): Prävention gegen Gewaltbereitschaft an Schulen: das FAUSTLOS-Curriculum. In: M. Cierpka (Hg.): *Möglichkeiten der Gewaltprävention*. Mit 11 Tabellen. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 235-252.
- Schulz, S.; Eifler, S.; Baier, D. (2011): Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Transmission von Gewalt im empirischen Theorienvergleich. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63 (1), S. 111-145. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s11577-010-0127-9>.
- Seipel, C.; Rippl, S. (2000): Ansätze der Rechtsextremismusforschung - ein empirischer Theorienvergleich. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 20 (3), S. 303-318.
- Snijders, Tom A. B.; Bosker, Roel J. (1994): Modeled Variance in Two-Level Models. In: *Sociological Methods & Research* 22 (3), S. 342-363. DOI: 10.1177/0049124194022003004.
- Snijders, Tom A. B.; Bosker, Roel J. (1999): *Multilevel analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London: SAGE Publ.

- Spier, T. (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92496-0>.
- Srole, L. (1956): Social integration and certain corollaries: an exploratory study. In: *American Sociological Review* 21 (709-716).
- Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. [3., aktualisierte Aufl.], Neuauf. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Stöbel, K.; Cohrs, J.C.; Riemann, R. (2009): Vorurteile, Diskriminierung und Toleranz aus der Sicht der Persönlichkeitspsychologie. In: A. Beelmann und K. J. Jonas (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-112.
- Wagner, U.; Christ, O.; Pettigrew, T. F. (2008): Prejudice and Group-Related Behavior in Germany. In: *Journal of Social Issues* 64 (2), S. 403-416.
- Wasmuth, U. C.; Waldmann, P. (2005): Anomie. In: D. Nohlen und R.-O. Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck.
- Watermann, R. (2003): Diskursive Unterrichtsgestaltung und multiple Zielerreichung im politisch bildenden Unterricht. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 23 (4), S. 356-370.
- Watts, M. W. (2001): Aggressive youth cultures and hate crime - Skinheads and xenophobic youth in Germany. In: *American Behavioral Scientist* 45 (4), S. 600-615.
- Westle, B. (2012): Souveräne Teilhabe unter Unsicherheit und Halbwissen. Politisches Wissen und politische Partizipation. In: S. Braun und A. Geisler (Hg.): *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51-68.
- Wetzels, P.; Greve, W. (2001): Fremdenfeindliche Gewalt - Bedingungen und Reaktionen. In: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 9 (2/3), S. 7-22.
- Zick, A.; Klein, A. (2014): *Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz.
- Zick, A.; Küpper, B. (2009): Rechtsextremismus: Erscheinungsformen, Strategien und Ursachen. In: A. Beelmann und K. J. Jonas (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283-302.
- Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D.; Berghan, W. (2016): *Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Hg. v. Ralf Melzer. Bonn: Dietz.
- Zimmermann, P. (Hg.) (2006): *Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

8. Anhang

Tabelle 9. Lineare Regressionsanalysen zum Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und unterschiedlichen Korrelaten derselben.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
	Ausländerfeindlichkeit	Antisemitismus	Chauvinismus	Befürw. Rechtsautoritäre Diktatur	Sozialdarwinismus	Verharmlosung des Nationalsozialismus
	β	β	β	β	β	β
Kontrollvariablen						
Geschlecht (1 = männlich)	-.00	-.05*	-.03	-.10***	.01	-.00
Alter	.03	-.09***	-.07**	-.13***	-.04*	-.05*
Landgerichtsbezirk (Ref. Kiel)						
Flensburg	-.01	.07**	-.01	-.01	.05*	.06**
Itzehoe	.00	.04	-.00	-.01	.05*	.04
Lübeck	-.00	.02	-.03	-.01	-.01	.03
Schulform (Ref. <i>Gymnasium</i>)	.03	.10***	.02	.11***	.07**	.12***
Migrationshintergrund	-.14***	-.04*	-.04	-.02	.01	-.02
Familiensituation (Ref. <i>Eltern zusammenlebend</i>)						
Eltern getrennt/geschieden	.07***	-.01	.02	.02	.01	-.01
Eltern(teil) verstorben	.04	.02	-.00	.02	.04	.02
Sozioökonomischer Status	.04	-.03	.02	.01	-.02	-.03
Potentielle Einflussfaktoren						
<i>Persönlichkeit</i>						
Autoritarismus	.13***	.13***	.15***	.10***	.14***	.08***
Selbstkontrolle	.01	-.04	.01	.00	-.07**	.01
Impulsivität	.01	-.00	.04	.01	.02	.04
Aggressivität	.04	.01	.04	-.01	.02	.03
Empathie	-.11***	-.09***	-.05	-.03	-.08***	-.07***
Hierarch. Selbstinteresse	.04*	.00	.05	.03	.08***	.02
Deprivation und Desintegration						
Finanzielle Lage der Familie	-.00	-.02	-.03	-.02	-.01	.00
Individuelle rel. Deprivation	-.01	.01	.03	.02	-.02	-.00
Sozialleistungen (Ref. <i>Keine</i>)						
Abhängigkeit	-.04	-.00	.02	.03	-.02	.01
Abhängigkeit unbekannt	-.01	.04	.02	.02	.03	.01
Institutionelle Deprivation	.07**	.04	.05*	.04	.06**	.06**
Soziale Deprivation	.03	-.01	-.04*	.04	.02	-.02
Einsamkeit	-.03	.01	-.03	.03	-.02	-.02
Kollektive abs. Deprivation	.04	.04	.06*	.05*	.06*	.04
Kollektive rel. Deprivation	.03	.01	.02	.05*	.01	-.00
Anomie	.06**	-.01	.02	-.02	-.01	.01
Soziale Faktoren						
Gewalt durch Eltern	-.01	-.01	-.06*	-.03	.02	-.01
Gewalt zwischen Eltern	-.00	-.02	.04	.01	-.00	-.02
Kontakt zur rechtsextremen Szene	.04*	.08**	.13***	.19***	.10***	.11***
Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld	.51***	.37***	.35***	.28***	.26***	.32***
Interethnischer Kontakt	-.10***	.03	-.01	.01	-.01	.02
R^2	.477	.335	.301	.289	.285	.283
N	1.891	1.857	1.756	1.765	1.886	1.849

Anmerkungen: * $p < .05$; ** $p < .01$; *** $p < .001$. Abgebildet sind standardisierte beta-Koeffizienten (β). R^2 auf Basis des Stata-Befehls *mlrsq* nach Snijders & Bosker (1999, 1994) berechnet, gewichtete Daten.

Tabelle 10. Regressionsanalyse zum Zusammenhang zwischen einem rechtsextremen Weltbild und unterschiedlichen Korrelaten derselben.

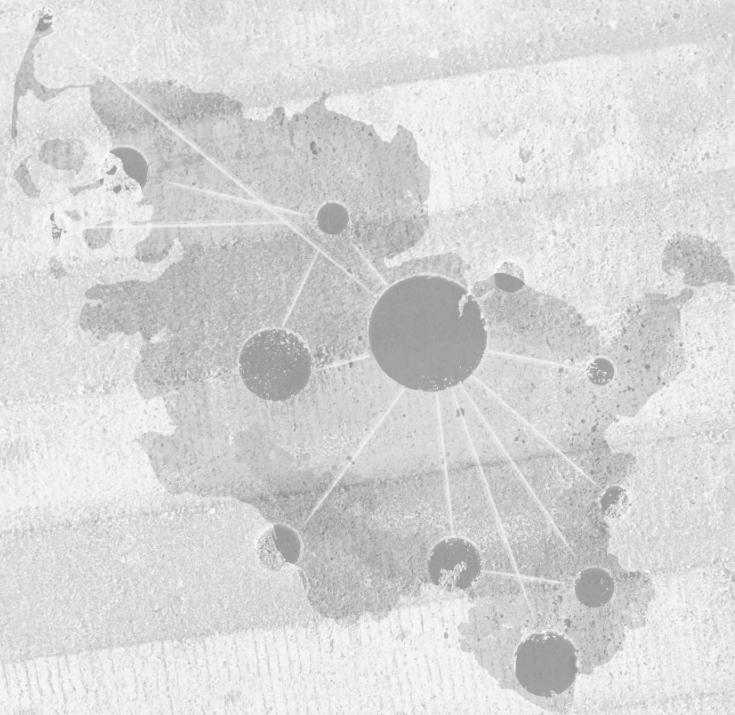
	Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	
	<i>b</i>	<i>OR</i>
Kontrollvariablen		
Geschlecht (1 = männlich)	,44	1,55
Alter	-,07	,93
Landgerichtsbezirk (Ref. Kiel)		
Flensburg	-,56	,57
Itzehoe	-,14	,87
Lübeck	-1,08*	,34*
Migrationshintergrund	-,34	,67
Familiensituation (Ref. Eltern nicht getrennt/geschieden)		
Eltern getrennt/geschieden	,37	1,45
Eltern(teil) verstorben	1,27	3,55
Sozioökonomischer Status	,05	1,05
Potentielle Einflussfaktoren		
<i>Persönlichkeit</i>		
Autoritarismus	1,02***	2,77***
Selbstkontrolle	,21	1,13
Impulsivität	-,02	,99
Feindseligkeit/Aggressivität	,39	1,47
Empathie	-,59*	,56*
Hierarchisches Selbstinteresse	,30	1,35
<i>Deprivation und Desintegration</i>		
Finanzielle Lage der Familie	,37	1,45
Individuelle rel. Deprivation	-,24	,79
Schulform (Ref. <i>Gymnasium</i>)	-,03	,97
Sozialleistungen (Ref. <i>Keine Abhängigkeit</i>)		
Abhängigkeit	-,18	,84
Abhängigkeit unbekannt	-,01	,99
Institutionelle Deprivation	-,13	,88
Soziale Deprivation	,10	1,11
Einsamkeit	-,03	,97
Kollektive abs. Deprivation	,07	1,07
Kollektive rel. Deprivation	,16	1,17
Anomie	,59	1,81
<i>Soziale Faktoren</i>		
Gewalt durch Eltern	-,13	,88
Gewalt zwischen Eltern	,03	1,03
Kontakt zur rechtsextremen Szene	,27***	1,31***
Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld	2,22***	9,17***
Interethnischer Kontakt	,08	1,09
<i>Pseudo-R²</i>	,404	
<i>n</i> (Individuen)	1.895	
<i>N</i> (Schulklassen)	169	

Anmerkungen: **p* < ,05; ***p* < ,01; ****p* < ,001, gewichtete Daten. Pseudo-R² nach McFadden auf Basis des Stata-Befehls *fit_meologit_2lev* (Langer 2017) berechnet.

Tabelle 11. Binär-logistische Regressionen zum Zusammenhang zwischen diskriminierenden Verhaltensweisen und potentiellen Einflussfaktoren.

Kontrollvariablen	Ausländer*innen		Obdachlose Personen		Menschen mit Behinderung		Homosexuelle Personen		Gesamt	
	b	OR	b	OR	b	OR	b	OR	b	OR
Geschlecht (1 = männlich)	,53**	1,70**	1,82**	6,20**	,71*	2,04*	1,30**	3,67**	,64***	1,90***
Alter	,10	1,10	-,00	,10	-,25*	,78*	,12	1,13	,02	1,02
Landgerichtsbezirk (Ref. Kiel)										
Flensburg	,10	1,10	,14	1,15	,10	1,11	,34	1,40	,33	1,39
Itzehoe	,10	1,10	-,05	,95	-,51	,60	-,27	,76	,08	1,09
Lübeck	,39	1,48	-,30	,74	,11	1,12	-,03	,97	,22	1,24
Migrationshintergrund	-,68*	,51*	-,80	,45	-,17	,85	,73*	2,07*	-,38	,68
Familiensituation (Ref. Eltern zus.)										
Eltern getrennt/geschieden	-,23	,80	-,67	,51	-,50	,60	-,51	,60	-,42*	,66*
Eltern(teil) verstorben	-,10	,91	-	-	-,25	,78	-,65	,52	-,20	,82
Sozioökonomischer Status	,05	1,05	-,02	,99	,08	1,11	-,06	,97	,06	1,06
Potentielle Einflussfaktoren										
<i>Persönlichkeit</i>										
Autoritarismus	,08	1,08	-,18	,83	-,02	1,08	-,03	1,03	,02	1,02
Selbstkontrolle	-,31	,73	-,33	,72	-,34	,98	-,80***	,45***	-,48***	,62***
Impulsivität	,29	1,34	-,14	,87	,31	1,37	,07	1,07	,29*	1,34*
Feindseligkeit/Aggressivität	,36***	1,43***	,50*	1,65*	,12	1,12	,14	1,15	,35***	1,42***
Empathie	-,09	,91	-,33	,72	-,53***	,59***	-,44*	,64*	-,34**	,72**
Hierarchisches Selbstinteresse	,25**	1,28**	,46*	1,58*	,24*	1,27*	,70***	2,01***	,28***	1,32***
<i>Deprivation und Desintegration</i>										
Finanzielle Lage der Familie	,25	1,28	-,23	,80	,03	1,03	-,03	,97	,13	1,14
Individuelle rel. Deprivation	-,30	,74	-,12	,88	-,38	,68	-,21	,81	-,22	,80
Schulform (Ref. <i>Gymnasium</i>)	,59*	1,81*	-,62	,54	,48	1,61	,76	2,15	,63**	1,88**
Sozialleistungen (Ref. <i>Keine Abh.</i>)										
Abhängigkeit	,10	1,10	,33	1,39	1,32***	3,75***	,93	2,53	,19	1,21
Abhängigkeit unbekannt	-,38	,68	,03	1,03	,31	1,36	,49	1,64	-,09	,92
Institutionelle Deprivation	-,24*	,79*	-,46	,63	,04	1,04	-,11	,89	-,18	,84
Soziale Deprivation	,08	1,09	,34	1,41	,38*	1,47*	,37*	1,45*	,29**	1,34**
Einsamkeit	-,19	,83	,95*	2,58*	-,05	,96	-,53	,59	-,22	,81
Kollektive abs. Deprivation	,06	1,07	,19	1,21	,10	1,10	,13	1,13	,09	1,09
Kollektive rel. Deprivation	,05	1,05	-,04	,97	-,03	,98	-,02	,98	,02	1,02
Anomie	,36*	1,44*	,03	1,03	,32	1,37	,20	1,22	,28*	1,32*
<i>Soziale Faktoren</i>										
Gewalt durch Eltern	,05	1,05	,19	1,21	,18	1,19	,24	1,27	,15	1,16
Gewalt zwischen Eltern	,13	1,13	-,47	,62	,27	1,31	,36	1,44	,21	1,24
Kontakt zur rechtsextremen Szene	,28***	1,32***	,23**	1,26**	,21***	1,24***	,30***	1,36***	,26***	1,29***
Rechte Einstellungen im soz. Umfeld	1,02***	2,77***	1,04**	2,82**	,39	1,48	,70*	2,01*	,72***	2,05***
Interethnischer Kontakt	-,30	0,75	,17	1,18	,02	1,02	,19	1,21	,02	1,02
n (Individuen)	1.895		1.855		1.895		1.895		1.895	
N (Schulklassen)	169		169		169		169		169	

Anmerkungen: * $p < ,05$; ** $p < ,01$; *** $p < ,001$. Daten sind gewichtet.



LPR
LANDESPRÄVENTIONSRAT
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
ländliche Räume
und Integration